

*Johnen:* Sechs Wochen ist besser! Sagen wir, bis zum 1. April. Das ist ein richtiges Datum!

*Adenauer:* Sagen wir, bis zum 31. März müssen die Anträge eingegangen sein. Damit sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*)

Wir haben noch den Punkt „Verschiedenes“ auf der Tagesordnung. (*Johnen:* Ich bin für Streichung dieses Punktes!)

Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, dann darf ich die heutige Sitzung schließen. Wir können wohl in dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß wir einen guten Anfang mit der Vorbereitung der Bundestagswahl 1957 gemacht haben.

## 18

Bonn, 7. Februar 1957

*Sprecher:* Adenauer, Albers, Bach, Dichtel, Eplée, Erhard, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Krone, Kunze, Lensing, Lindrath, Lübke, Meyers, Oberländer, Scharnberg, Stoltenberg, Storch, Frau Weber, Wegmann, Zimmer.

*Bericht über die politische Lage. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Frage der Kandidatenaufstellung. Rednereinsatz. Bundesparteitag 1957.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

*Ende: 14.00 Uhr*

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 350–353

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle und freue mich, daß Sie so zahlreich hier erschienen sind. Entschuldigt haben sich:

Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller, dienstliche Gründe; Dr. Hedwig Jochmus, dienstliche Gründe; Bundesminister Lemmer, dienstliche Gründe; Kultusminister Simpfendörfer, dienstliche Gründe; Dr. Hellwig, dienstliche Gründe; Kultusminister Osterloh, Urlaub; Bundesminister Wuermeling, Urlaub; Johnen, krank.

Mein Husten ist ein Raucherkatarrh. Ich will Ihnen sagen, wieso. Ich war am Sonnabend in Berlin auf einer gesellschaftlichen Unterhaltung der Landwirte<sup>1</sup>; hauptsächlich waren es Leute aus der Ostzone. Dort war ein Rauch, wie ich ihn noch

---

<sup>1</sup> Aufenthalt in Berlin vom 1. bis 3. Februar 1957 anlässlich der „Grünen Woche 1957“ (TERMINKALENDER).

nicht erlebt habe. Daher habe ich diesen Raucherkatarrh. Wenn man diese „Qualität“ genossen hat, merkt man einen großen Unterschied gegenüber dem, was bei uns geraucht wird. Im übrigen aber möchte ich betonen, daß mein Eindruck, den ich gerade bei den Leuten aus der Ostzone gewonnen habe, ausgezeichnet war, und zwar 1. über ihre offenkundige Sympathie für uns und 2. über ihre Schlichtheit und Bescheidenheit. Diese Leute können geradezu vorbildlich sein für uns in der Bundesrepublik.

#### BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

*Adenauer:* Ich habe es übernommen, Ihnen einen kurzen Überblick über die politische Lage zu geben, und zwar deswegen kurz, weil nachher noch die Herren Meyers, Krone und Heck über den Stand der Arbeiten in der Partei und in der Fraktion sprechen werden und weil ich den dringenden Wunsch habe, möglichst viel auch von Ihnen zu hören, was bei Ihnen geschieht. Herr Heck hat zu meiner Freude gestern gesagt<sup>2</sup>, daß ab 1. Januar ein allgemeines Erwachen, ich will nicht sagen ein deutsches Erwachen, aber ein Erwachen in unserer Partei eingetreten sei. Darüber möchten wir gerne etwas hören.

Sie haben die Bundestagsdebatte der vergangenen Woche gehört oder auch am Fernsehen miterlebt.<sup>3</sup> Ich muß sagen, daß bei dieser Bundestagsdebatte sowohl des ersten Tages, bei der es sich um die Außenpolitik handelte, als auch des zweiten Tages, bei der es sich um die Wehrpolitik handelte, eine völlige Defensive der SPD in Erscheinung getreten ist, wie man das nur ganz selten bisher erlebt hat. Man sah wirklich blasse Gesichter, man sah, wie die Leute verstummten; kurz und gut, es war ein anderes Bild als sonst. Umgekehrt war bei uns wirklich ein Offensivgeist zu spüren, der nicht immer zu spüren ist. Da Sie, wie ich annehme, dieser außenpolitischen Debatte gefolgt sind, kann ich mich auf sehr wenige Worte über die außenpolitische Lage beschränken.

Der Vordere Orient ist nach wie vor ein Gebiet, das Sorge macht, wenn auch der Anschein da ist, daß sich im Laufe der letzten Wochen die Dinge dort stabilisiert haben. Was Ungarn angeht, so wissen Sie, daß Kádár<sup>4</sup> erklärt hat, er habe sich noch nicht in allen Provinzen des Landes durchsetzen können. Was Polen angeht, so sind die Nachrichten darüber zum Teil sehr gefärbt. Von Leuten, die in Polen waren, bekommt man ganz andere Berichte als die, die man in den Zeitungen liest. Die

---

2 Im sog. CDU-Wahlgremium (vgl. Nr. 17 S. 1164 f.)

3 Am 31. Januar 1957 über die Erklärung der Bundesregierung zu außenpolitischer Lage, Wiedervereinigung, Sicherheitssystemen sowie am 1. Februar 1957 über das Fünfte Nachtragshaushaltsgesetz (betr. Verteidigungsressort) – Sten.Ber. 2.WP Bd.34 S. 10640–10740 und Bd.35 S. 10761–10800.

4 János Kádár (1912–1989), ungarischer Politiker (KP); 1948–1951 Innenminister, 1956–1988 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär (1985) des ZK, 1956–1958 und 1961–1965 zugleich Ministerpräsident.

Kenner Polens sind der Auffassung, daß die Entwicklung in Polen zur Freiheit hin – ich meine jetzt nicht etwa vom Kommunismus, das ist eine zweite Frage und ein zweites Stadium der Entwicklung – unaufhaltsam sei. Wir können nur hoffen, daß sich diese Entwicklung nicht revolutionär, sondern evolutionär vollziehen wird. Polen mit seinen 36 Millionen Einwohnern und an die DDR anstoßend ist natürlich für Sowjetrußland von viel größerer Bedeutung als Ungarn.

Daher würde Sowjetrußland – es gehört keine besondere Weisheit dazu, um das festzustellen –, wenn man ihm die Handhabe dazu böte, in Polen mit Gewalt einzugreifen, dort viel grausamer zupacken und eingreifen, als es in Ungarn eingegriffen hat. Das ist auch der Grund, warum unser Außenministerium die ganze Frage der Herstellung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten, insbesondere zu Polen, mit sehr viel größerer Vorsicht behandeln muß, als das im allgemeinen geschieht. Wir dürfen nichts tun in Polen, was etwa Gomulka<sup>5</sup> nicht für taktisch richtig hielt. Ob etwas taktisch richtig ist, d.h., ob Gomulka gefährdet ist gegenüber Sowjetrußland, das kann er besser entscheiden als wir und insbesondere viel besser als unsere Bierbankpolitiker.

Daher müssen Sie verstehen, wenn wir an diese ganze Frage mit der größten Vorsicht und Behutsamkeit herangehen. Eine blutige Revolte in Polen wäre nicht nur eine Katastrophe für Polen selbst, sondern es würden auch zweifellos dann viele Flüchtlinge von Polen in die DDR kommen, und von der DDR kämen Flüchtlinge zu uns. Aus einem Aufstand in Polen könnte nur zu leicht eine große Katastrophe entstehen, die immer weiter um sich greifen würde. Daher bitte ich Sie, gegenüber Äußerungen in der Presse, insbesondere bei den Sozialdemokraten, die wegen dieser Frage kommen, die Situation klarzulegen, daß wir die Entwicklung in Polen zum Guten hin nicht stören dürfen.

Was allgemein die Entwicklung im Osten angeht, so kann man diese, da die Verhältnisse im einzelnen immer undurchsichtig sind, nur in einer großen Linie überzeugend klarlegen. Sie kennen die traurige wirtschaftliche Lage in der Sowjetzone und in Ungarn, die ja überhaupt erst die ganze Sache ausgelöst hat. Sie wissen auch von der traurigen wirtschaftlichen Lage in Polen. Dort ist diese katastrophale Lage eingetreten, obgleich in Polen das Kolchosensystem, überhaupt das kommunistische System, noch gar nicht in voller Stärke eingeführt worden war. Um wieviel schlimmer wird es in der Sowjetunion aussehen.

Die Lage hat sich für die Sowjetunion auch insofern geändert, als die Satellitenstaaten für sie keine Hilfe, sondern eine Belastung und ein Gefahrenherd sind. Es kommt weiter hinzu die Hilfe Rotchinas durch Tschou En-Lai. Es ist beschämend, daß ein Chinese nach Westeuropa kommen muß – Polen gehört zu Westeuropa –, um dort den Menschen zu erklären, sie sollten und müßten am Kommunismus und

---

5 Wladyslaw Gomulka (1905–1982), polnischer Politiker (KP); mehrfach in Haft (1932–1934, 1936–1939, 1951–1955), während des „Polnischen Oktober“ rehabilitiert, 1956–1970 Erster Sekretär des ZK, 1970 Sturz und 1971 Ausschluß aus dem ZK.

an Moskau festhalten.<sup>6</sup> Aber das wird der Chinese nicht getan haben, ohne sich dafür bezahlen zu lassen von Sowjetrußland. Man kann annehmen, daß die Belastung Sowjetrußlands durch Rotchina, über die früher schon Moskau geklagt hat, inzwischen noch stärker geworden ist. Alles das berechtigt zu der Annahme – die ich auch in Berlin zum Ausdruck gebracht habe<sup>7</sup> –, daß die Lage hinsichtlich der Befreiung der Welt von den bestehenden Spannungen doch besser als je zuvor geworden ist. Vor einem müssen wir uns hüten, nämlich den Machthabern in Sowjetrußland auch nur den kleinen Finger oder die kleinste Möglichkeit zu geben, damit sie nicht zu einer Diversion nach außen kommen. Es liegt ja nur zu nahe, daß ein diktatorisches Regime, wenn es sieht, daß es im Innern nicht weiterkommt, alles auf eine Karte setzt, um zu einer Diversion nach außen zu kommen.

Deswegen müssen wir auch die Frage „Berlin“ mit viel größerer Vorsicht und Zurückhaltung behandeln, als das die SPD und andere Fraktionen im Bundestag tun. Man sollte nicht die Russen in Berlin provozieren. In diesem Kreise darf ich sagen, daß die Vertreter der drei Westmächte ausdrücklich gewarnt haben vor solchen Provokationen, vor einem Anrühren an den Viermächtestatus. Dieses Anrühren des Viermächtestatus – ich drücke mich sehr vorsichtig aus – läge sicher vor, wenn man den Berliner Abgeordneten das Recht gäbe, im Bundestag zu stimmen. Daran kann kein Zweifel sein. Ich halte es für leichtfertig – um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen –, daß die SPD mit Berlin geradezu spielt, und zwar aus parteipolitischen Gründen uns gegenüber, gleichgültig, was dann schließlich dabei herauskommt und mit Berlin werden wird. Das halte ich für ein frivoles und leichtfertiges Spiel mit dem Geschick Berlins. Eigentlich sollte man das den Sozialdemokraten einmal im Bundestag – außerhalb des Bundestages wird es sicher im Wahlkampf geschehen – sehr nachdrücklich unter die Nase halten.

Unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist ausgezeichnet. Ich möchte Ihnen das sagen, damit Sie beruhigt sind. Die SPD klagt und weint darüber, daß wir die Vereinigten Staaten so „schlecht“ behandeln und daß sich unsere europäische Integrationspolitik eigentlich gegen die Vereinigten Staaten richte. Sie schickt Ollenhauer nach drüben, um klarzulegen, wie treu und brav und gut sie sind.<sup>8</sup> Wenn er sich dort bekehren läßt, soll es mir recht sein, Ihnen hoffentlich auch. Er muß sich aber wirklich bekehren. Und dann muß er auch Buße tun; denn das muß man tun, wenn man gesündigt hat.

Ich habe eben von der Bundestagsdebatte der vergangenen Woche gesprochen. Im Anschluß daran möchte ich etwas über die Presse sagen. Ich glaube, noch niemals hat die als große Presse bekannte deutsche Presse – abgesehen von der „Frankfurter

---

6 Besuch Tschou En-Lais in Warschau, Budapest und Moskau im Januar 1957. – Erklärungen in AdG 1957 S. 6211f., 6220–6222.

7 Vgl. BULLETIN Nr. 24 vom 5. Februar 1957 S. 209ff.

8 Ollenhauer unternahm im Februar 1957 eine dreiwöchige USA-Reise (Rückkehr 1. März), die ihn innen- wie außenpolitisch aufwerten sollte. Vgl. KLOTZBACH S. 392.

Allgemeinen“ – so falsch, so schlecht und so parteiisch über eine Bundestagsdebatte berichtet wie in diesem Fall. Sie hat geschrieben, es habe überhaupt kein Anlaß vorgelegen, über auswärtige Politik zu sprechen. Nach der Bundestagsdebatte fuhr ich sofort nach Berlin. Dort habe ich auch – abgesehen von wenigen Fällen – in den Berliner Zeitungen genau dasselbe feststellen müssen. Diese Presse versuchte, die hundertprozentige Niederlage der SPD bei dieser Debatte dadurch zu vertuschen, daß sie schrieb, die CDU habe Wahlkampfgeschichten und überflüssige Debatten gemacht. Daraus geht hervor, wie parteiisch diese Presse ist.

Wir müssen einmal im engeren Vorstand prüfen, wie wir dafür sorgen können, daß bei besonderen Ereignissen die uns zugehörige oder befreundete Presse mit echten Schilderungen über die wirklichen Vorgänge versehen wird. Von dpa usw. wird sie auch nicht richtig unterrichtet. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Verzeichnis der CDU- und CSU-Leute zu sprechen kommen, die in die verschiedenen Rundfunkorgane gewählt sind. (*Zurufe*: Das Verzeichnis haben wir!) Sie sollen es nicht nur lesen, sondern Sie sollten sich auch, wo es nötig ist, die Herrschaften einmal energisch vorknöpfen; aber mit aller Energie! Ich werde Ihnen auch noch ein Verzeichnis – erinnern Sie mich bitte daran, Herr Heck – zugehen lassen über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bei dpa, in dem unsere Leute sogar die Mehrheit haben. (*Hört-Hört-Rufe.*) Aber man merkt nichts davon! Ich muß Ihnen folgendes sagen: Ich habe vor einigen Wochen auf einer Sitzung in Düsseldorf, die dort für die Bundestagsabgeordneten abgehalten wurde<sup>9</sup>, zu dem Thema „Rundfunk“ gesprochen und dabei von dem Vertreter Nordrhein-Westfalens im Rundfunkrat<sup>10</sup>, der uns angehört, eine derart faule Antwort bekommen – um mich nicht schärfer auszudrücken –, die ich nicht erwartet hätte; denn wenn gesagt wurde, wir tun, was wir können – ohne daß man überhaupt einen Erfolg sieht –, so heißt das nichts.

Ich möchte daher die Landesvorsitzenden dringend bitten, die von uns in die verschiedenen Gremien entsandten Herren sehr ernstlich darauf aufmerksam zu machen, warum sie dorthin entsandt worden sind. Es heißt auch nichts, wenn man als Antwort bekommt: Wir haben aber keine Mehrheit. Eine Minderheit kann einer Mehrheit sehr unbequem werden. Das wissen Sie genauso wie ich. Die Minderheit muß sich wehren. Endlich möchte ich Sie bitten, weil Rundfunk und Fernsehen sehr wichtig sein werden im Wahlkampf, auch dafür zu sorgen, daß bei wirklichen Entgleisungen – die ja vorkommen – genügend entsprechende Zuschriften aus dem Hörerkreis kommen. Darauf hört man am meisten. Es wird sogar eine genaue Kartothek darüber geführt, wie gewisse Sendungen bei der Hörerschaft ankommen. Aber wenn sich keiner regt,

---

<sup>9</sup> Am 4. Januar 1957.

<sup>10</sup> Josef Hermann Dufhues (1908–1971), Mitgründer der CDU Westfalen, 1946–1947 und 1950–1971 MdL NW, 1946–1950 Vorsitzender der JU Westfalen, 1949–1950 Bundesvorsitzender der JU, 1958–1962 Innenminister NW, 1959–1971 Vorsitzender der CDU Westfalen, 1966–1969 Vorsitzender des Präsidiums der CDU NW, 1962–1966 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU.

bekommt man bei Beschwerden – von deren Standpunkt aus verständlich – die Antwort: Was wollen Sie eigentlich? Kein Mensch hat sich darüber beschwert. Ich möchte Sie daher bitten, auch bei Ihren Geschäftsstellen irgendwie eine Einrichtung zu treffen, die dafür sorgt, daß sich das empörte Publikum, das ja vorhanden ist, aus sich heraus meldet, um auf diese Weise uns ein wenig zu helfen.

Ich komme zur Innenpolitik! Das wichtigste Ereignis in diesem Jahr war die Rückkehr der Saar am 1. Januar 1957. Zu der Frage, wer hat das Verdienst daran, möchte ich nicht viel sagen, sondern zu Ihrer Aufklärung nur eines mitteilen. Die freie Abstimmung an der Saar, die ich damals mit Mendès-France in Paris ausgehandelt habe, konnte nicht erreicht werden unter dem Gesichtspunkt: Die Saar soll nunmehr frei entscheiden, was sie überhaupt tun will. Eine freie Abstimmung konnte nur so ausgehandelt werden, wie sie ausgehandelt worden ist. Es ist das Verdienst der damaligen französischen Regierung, daß sie, nachdem eine solche Abstimmung, die ganz gegen ihr Erwarten kam, erfolgt ist, die Konsequenzen gezogen hat.

Nun ist eine Befragung darüber erfolgt, wer das Hauptverdienst daran trage. Ich habe das Ergebnis nicht zur Hand, aber mir ist eine Zahl, die sehr nett ist, im Gedächtnis geblieben, nämlich jene, daß von den Befragten nur 3 % gesagt haben: die SPD. Vox populi, vox Dei! Das ist nicht immer richtig, aber wenn es paßt, ist es ein sehr gutes Sprichwort. Deswegen möchte ich das Sprichwort auch hier zitieren. Daß etwas Wahres an diesem Sprichwort ist, können Sie daraus ersehen, daß die Sozialdemokratie zu diesem ganzen Ereignis außerordentlich wenig gesagt hat.

Was mich aber wirklich erstaunt hat, ist die Tatsache, daß das gesamte Deutschland gegenüber diesem Ereignis relativ sehr stark teilnahmslos geblieben ist. Wenn ich daran denke, welche Debatten wir im Bundestag, namentlich im ersten Bundestag darüber gehabt haben, dann hätte man glauben sollen, die ganze Bundesrepublik wäre bei der Befreiung in ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen gekleidet gewesen, alle Schulen hätten frei bekommen und überall wären Feiern gewesen, weil nunmehr die Saar zurückgekehrt ist. Aber fast teilnahmslos – abgesehen von Rheinland-Pfalz – ist dieses Ereignis von der Bevölkerung mehr oder weniger als selbstverständlich aufgenommen worden.

Daraus bitte ich folgendes zu entnehmen und zu ersehen: Unsere Bevölkerung verlangt, daß ihr gesagt wird, was gut ist. Sie empfindet es nicht so direkt. Daher müssen wir in unserer Wahlpropaganda die Saarfrage besonders hervorheben als wirklich ersten Schritt zu einer Wiedervereinigung. Wir müssen in der Wahlpropaganda, ohne in Nationalismus zu machen, unser Volk sehr nachdrücklich auf diesen Erfolg unserer Politik hinweisen. Auf die Saar komme ich noch zurück, wenn ich über die Lage der Parteien sprechen werde. Ich muß aber schon von vornherein gestehen, daß die Entwicklung der Parteien-Verhältnisse an der Saar dazu angetan ist, uns sehr schwere Sorgen zu machen.

Als zweites sehr wichtiges Ereignis auf dem Gebiete der Innenpolitik möchte ich hervorheben den völlig reibungslos sich vollziehenden Wiederaufbau der Wehrmacht. Wir alle waren wohl freudig erstaunt darüber, daß sich die Musterungen so glatt

abgespielt haben und daß an der Spitze in der Reibungslosigkeit stand – wenigstens nach Zeitungsberichten – der Bezirk St. Pauli von Hamburg. Wenn das vielleicht auch von Hamburg oder von der „Welt“<sup>11</sup>, die es schrieb, absichtlich hervorgehoben wurde – was ich nicht beurteilen kann –, so können wir doch feststellen, daß die ganze Musterung sich sehr reibungslos vollzogen hat und nur sehr wenig Kriegsdienstverweigerer – unter 1 % – aufgetreten sind. Nichtsdestoweniger machen die Kriegsdienstverweigerer jetzt wieder große Geschichten. Sie nennen sich jetzt nicht mehr Kriegsdienstverweigerer, sondern anders. Ich habe das Blatt, das ich heute bekommen habe, oben. (*Meyers*: Liga der Wehrdienstgegner!) Ja, so ähnlich. Das klingt vornehmer und hat nicht mehr das Odium der Vergangenheit an sich, weil sie zweimal mit der Sozialdemokratie mit der „Ohne-mich-Parole“ hereingefallen sind. Der Aufbau der Wehrmacht vollzieht sich reibungslos. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Ernennung des Generals Speidel zu diesem Posten innerhalb der NATO<sup>12</sup> ein sichtbares Zeichen dafür ist, daß die Bundesrepublik nunmehr als gleichberechtigtes Mitglied innerhalb der westlichen Verteidigungsgemeinschaft steht.

Ich habe eben gesagt, unser Verhältnis zu den USA sei sehr gut. Es hatte eine Zeitlang darunter gelitten, daß wir im Aufbau unserer Wehrmacht nicht entsprechend vorangekommen sind. Es hatten sich nicht nur in Europa, sondern auch in den Vereinigten Staaten Stimmen geltend gemacht, die gesagt haben, die Deutschen wollen am Frieden in der Welt – der aber nur ein gerüsteter Friede sein kann – profitieren, jedoch nichts zur Rüstung beitragen, sondern sie wollen Geld verdienen. Ganz abgesehen davon, daß das sehr häßlich wäre, möchte ich Ihnen das eine aus vollster Überzeugung sagen: Ein Staat hat im außenpolitischen Raum so viel Geltung, wie er auch in der Lage ist, seine Kraft zu zeigen. Ein Staat – ich wiederhole jetzt wörtlich ein Wort, das mir mal Herr Dulles gesagt hat –, der keine Wehrmacht besitzt, das gilt auch für die Neutralisierungsidee, ist bestenfalls ein Protektorat, aber kein Staat.

Ich bitte Sie, wenn über Wehrmachtfragen gesprochen wird, auch daran zu denken, daß das Bestehen einer bewaffneten Macht eines Staates diesem Staat nicht nur bei kriegerischen Auseinandersetzungen – die, so Gott will, nicht kommen werden – und bei der Erhaltung des Friedens durch Abschreckung hilft, sondern auch zur Unterstützung der gesamten Außenpolitik dient.

Ich bekomme soeben das Blatt über die Kriegsdienstverweigerer. Es heißt jetzt: „Die Liga – Informationsdienst für Wehrdienstgegner“. Diesem Kapitel werden wir unsere Aufmerksamkeit nach wie vor widmen müssen.

---

11 Mit der Musterung von 100.000 Wehrpflichtigen wurde am 21. Januar begonnen (Bericht in der „Welt“ nicht zu ermitteln).

12 Am 16. Januar 1957 Ernennung zum Kommandeur der Landstreitkräfte in Zentraleuropa.

Eine Großtat unseres Parlaments und der Bundesregierung war die Verabschiedung des Rentengesetzes.<sup>13</sup> Ich habe im persönlichen Gespräch mit Sozialdemokraten, nun, ich will nicht sagen traurige, aber doch resignierende Bemerkungen darüber gehört, daß uns das noch vor der Wahl gelungen ist. Natürlich habe ich darauf geantwortet – und ich nehme an, daß Sie entsprechend antworten werden, wenn Ihnen das vorgehalten wird –: Wir arbeiten seit mehreren Jahren daran. Es ist selbstverständlich, daß wir nunmehr vor der Wahl nicht den Torso liegenlassen. Das ist doch ganz klar. Ich habe weiter gesagt, wenn wir Geld bewilligen für die Ausrüstung, dann wollen wir auch Geld bewilligen für die Versorgung der Rentner.

Wir im Parteivorstand sind verpflichtet, die Arbeit unserer Fraktion auf diesem Gebiet anzuerkennen. Ich habe schon in einer früheren Sitzung insbesondere Herrn Horn erwähnt. Wir danken auch dem Herrn Kollegen Storch dafür. Wir danken der gesamten Fraktion dafür, auch unter folgendem Gesichtspunkt: Diese Frage der Ordnung des Rentenwesens löste naturgemäß einen heftigen Streit und starke Gegensätze zunächst aus. Ich will diese Gegensätze nicht charakterisieren. Es liegt dies in der Natur der Sache. Aber die Kraft des inneren Zusammenhalts unserer Fraktion müssen wir mit großer Hochachtung und mit großer Freude anerkennen, weil sie es fertiggebracht hat, in dieser so schwierigen Materie eine geschlossene Haltung zu zeigen in der gesamten Abstimmung. Diese vorbildliche Haltung unserer Fraktion und diese Einigkeit, die sie gezeigt hat, geben mir Veranlassung, Sie zu bitten, daß auch die Partei diese Geschlossenheit und diese Einigkeit in den wichtigen Fragen zeigt, die bis zur Wahl zur Diskussion stehen.

Diese Einigkeit der Partei ist in der letzten Zeit in zwei Punkten empfindlich gestört worden. Ich habe heute ein Telegramm bekommen von Herrn Keudell:

„Im Auftrage des Bundesvertriebenenausschusses spreche ich die verehrungsvolle Bitte aus, eine offizielle Mißbilligung der Sievekingschen Rede<sup>14</sup> herbeiführen zu wollen.“

Ich habe weiter von einer Reihe von Mitgliedern der CDU Zuschriften bekommen, in denen ich darauf hingewiesen werde, man möchte doch dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier nahelegen, keine Reden über eine schwarz-rote Koalition zu halten.<sup>15</sup> (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es ist wohl klar, daß man in diesem Kreise nicht

---

13 Am 21. Januar 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.34 S. 10598f., 10637). – Der Bundesrat stimmt am 8. Februar zu: Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter vom 23. Februar 1957 (BGBl I S. 45) sowie der Angestellten vom 23. Februar 1957 (BGBl I S. 88).

14 Vortrag vor der Vereinigung „Die auswärtige Presse“ am 21. Januar 1957 in Hamburg, in dem Sieveking sich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und eine Berücksichtigung der nach 1945 entstandenen Fakten ausgesprochen hatte (FAZ vom 22. Januar 1957; vgl. auch KATHER 2 S. 114ff.).

15 Bezug: Presseberichte über Gespräche zwischen Richard Jaeger, Fritz Erler, Eugen Gerstenmaier und Erwin Schoettle über die Möglichkeit einer CDU/SPD-Koalition ohne Adenauer nach der Bundestagswahl (vgl. „Neue Rheinzeitung“ vom 18. September 1956) sowie

auf Einzelheiten eingehen soll und darf, zumal der Herr Gerstenmaier, soviel ich sehe, nicht anwesend ist, aber ich richte doch die dringende und herzliche Bitte an alle, ich wiederhole, an alle, während der nächsten Monate sehr oft daran zu denken, daß nichts mehr Mut dem Gegner gibt und daß nichts unsere eigenen Anhänger so enttäuscht, als wenn bei uns in wichtigen Fragen Differenzen auftreten. Und selbst wenn ich einmal glaube, ich hätte einen besonders guten Gedanken – ein Gedanke, der abweicht von der allgemeinen Linie –, dann kann es sein, daß der Gedanke in der Tat gut ist, aber er wird dadurch nicht schlechter, daß ich ihn einmal neun Monate beiseite lege. Darum möchte ich Sie herzlich bitten, in der Partei in allen wichtigen Fragen dieselbe Einigkeit und Geschlossenheit zu zeigen, wie sie unsere Bundestagsfraktion namentlich in der Frage der Ordnung des Rentenwesens gezeigt hat. Sie werden alle mit mir darin übereinstimmen, daß das eine wesentliche Voraussetzung ist, um zum Siege zu gelangen.

Wenn wir im vergangenen Jahre eine Zeitlang eine Flaute erlebt haben, die bis zum Ende des Jahres andauerte – denn diese psychologischen Wirkungen auf die großen Volksmassen treten nur langsam [auf], und sie ebbten auch nur langsam wieder ab –, dann lag das zum großen Teil daran, daß einmal das Bundeskabinett zerrissen oder voll von Gegensätzen erschien; aber auch die Partei. Wenn ich mir demgegenüber vorstelle, welche Disziplin die SPD gezeigt hat, dann meine ich, wir müßten dieser Disziplin der SPD, die mehr erzwungen wird, eine freiwillige Selbstdisziplin gegenüberstellen, die genauso stark ist wie die erzwungene Disziplin der SPD.

Die Lage der Partei! Es wird heute nachmittag im Bundestag über die Anträge der SPD, der DP und des BHE wegen einer Änderung des Wahlgesetzes bezüglich der 5%-Klausel beraten werden.<sup>16</sup> Unsere Fraktion im Bundestag wird geschlossen gegen eine Änderung sein. Ferner werden geschlossen dagegen sein die FVP und die FDP. Ich sehe erstaunte Gesichter, aber ich habe darüber nicht mit der FDP verhandelt, sondern das ergab sich aus der Lage der FDP ganz von selbst.

Ich möchte hier eine kurze Bemerkung über einen Besuch einschieben, den Herr Maier mir gemacht hat.<sup>17</sup> Ich las heute, daß er mit dem Bundespräsidenten ein politisches Gespräch geführt hat. Der Besuch, den er mir gemacht hat, war nicht im entferntesten mit politischen Dingen verknüpft; er hat erklärt, daß er vollkommen neutral sei. (*Gurk*: Oho! Ich habe kein Vertrauen!) Aber Herr Gurk, wer sagt denn, daß ich ihm traue? Sie wissen doch gar nicht, was kommt. Seien Sie doch nicht

---

Überlegungen Gerstenmaiers über einen Zug zum Zweiparteiensystem (Rede am 24. Januar 1957 in Karlsruhe, eigenhändiges Ms. in NL Gerstenmaier ACDP I-210-069/2). Vgl. auch „Badische Volkszeitung“ vom 25. Januar 1957: „Ich gehöre nicht zu jenen, die unter allen Umständen in einer 'schwarz-roten' Koalition ein nationales Unglück sehen“ (Schreiben Gerstenmaiers an Adenauer vom 29. Januar 1957 in ACDP VII-002-AO 280).

16 Diese Fraktionen strebten eine Abmilderung der 5%-Klausel an (BT-Drs. 3027 vom 15. Dezember 1956 und 3097 vom 15. Januar 1957 – vgl. Sten.Ber. 2.WP Bd.35 S. 10881–10891).

17 Am 5. Februar 1957.

so hitzig, Sie haben doch auch die jüngste Jugend hinter sich. Jetzt muß ich etwas sagen, was ich sonst nicht gesagt hätte. Herr Maier beklagte sich bei mir darüber – und wenn das wahr ist, was er gesagt hat, dann hätte er sich mit Recht beklagt –, daß nämlich in Baden-Württemberg unter Plakate, die seinen Kopf zeigen, Streifen mit den Worten „Handlanger Moskaus“ geklebt worden seien. (*Dichtel*: Wo war das?) In Baden-Württemberg; wo genau, weiß ich nicht. Ich habe ihn nicht so intensiv danach gefragt. Aber es ist Ihr alter Landesvater. Sie können sich ja mit ihm unterhalten. Ich muß wiederholen: Wenn das wahr ist und wenn es von uns veranlaßt worden ist, dann wäre das höchst bedauerlich. (*Dichtel*: Nicht von uns!) So etwas sollte man nicht tun. Man muß immer nobel bleiben, auch bei einem politischen Gegner. (*Dichtel*: Davon ist uns nichts bekannt!)

Also, die 5%-Klausel wird bleiben. Wenn es heute nachmittag im Bundestag zu Differenzen kommen sollte, werden Sie erleben, daß es sich lediglich um die Frage handeln wird, ob die Gesetzentwürfe, die von den Initiatoren vorgelegt worden sind, einer Ausschußberatung unterzogen werden sollen oder nicht. Das ist die Frage, über die Gegensätze bestehen.

Ehe ich auf das Hauptproblem „Parteigegensätze“ komme, möchte ich einige Randprobleme berühren. Ich habe eben von der Saar gesprochen. Ich darf nochmals betonen, daß die Entwicklung an der Saar dazu angetan ist, uns mit großen Sorgen zu erfüllen. Wer irgendwie Einfluß ausüben kann an der Saar, der möge ihn dahingehend ausüben, daß nun endlich einmal ein Strich gemacht wird unter die Vergangenheit und daß jeder erkennen muß, daß nicht das Wichtigste in der Welt persönliche Krakeelereien von Leuten untereinander sind, die beide behaupten, auf christlichem Boden zu stehen, sondern daß das Wichtigste ist, für die christliche Sache auch wirklich zu arbeiten. Man sollte kein Blatt vor den Mund nehmen und den Leuten – mag das ein CVP-Mann oder ein CDU-Mann an der Saar sein – sagen, daß das keine kluge und gute Politik ist, wenn man sich so verhält. Leider sieht es z.Z. nicht so aus, als ob die Wahrheit dort schnell heraufdämmern würde. Ich gebe aber die Hoffnung und das Vertrauen in die Vernunft nicht auf.

Über die FDP habe ich kurz gesprochen. Lassen Sie mich nur noch sagen, daß Herr Maier – Sie werden seine Rede nicht so gelesen haben, wie ich sie lesen mußte – sowohl in seiner Berliner Rede wie in seiner hiesigen Pressekonferenz sehr oft bestrebt gewesen ist zu zeigen, daß er sich alles offenhält.<sup>18</sup> Er hat unterschieden zwischen dem Wahlkampf und dem, was nach der Wahl geschieht. Er sagte: Wir gehen allein in den Wahlkampf. Was später kommen wird, das wird sich finden. Es ist nach meiner Kenntnis der Dinge bei der FDP so, daß die Meinungen innerhalb der FDP darüber sehr geteilt sind, was sie tun soll, ob sie sich der CDU-Regierung anschließen oder ob sie der SPD, wenn ihre Stimmen das möglich machen, aufs Pferd helfen soll. Daraus

---

18 Auf dem 8. Parteitag der FDP vom 24. bis 26. Januar in Berlin, auf dem Maier zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war (vgl. FAZ vom 25. Januar 1957); MENDE: Freiheit S. 382–385; zur Pressekonferenz vgl. FAZ vom 6. Februar 1957.

folgt für uns bis auf weiteres, weder zu schimpfen hier noch zu schimpfen da, sondern die Dinge ruhig zu beobachten. Wir werden es jedenfalls mit großer Sorgfalt tun.

Sehr eigenartig sind z.Z. die Verhältnisse in Niedersachsen. Ich nehme an, daß Herr Hellwege, der heute nach Bonn kommt, (*Wegmann*: Ist gestern abend schon gekommen!) mich heute oder morgen aufsuchen wird. Es kann sein, daß man dann größere Klarheit bekommt. Herr Wegmann, solange ich Vorsitzender der CDU in der britischen Zone war, hat mir die CDU in Niedersachsen auch sehr viele Sorgen gemacht, weil ich dort vieles nicht verstanden habe. Das gilt anscheinend von den Parteien in Niedersachsen überhaupt. (*Fricke*: Es ist bei uns besser geworden!) Darf ich daraus entnehmen, daß Sie sich zu einer Landespartei allmählich zusammenschließen? Es scheint eine gewisse Geneigtheit, wie aus dem Schweigen zu entnehmen ist, dafür vorhanden zu sein.

Ich komme zurück auf die Deutsche Partei. Man sieht nicht klar. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß gestern abend in einer Koalitionsbesprechung die Vertreter der FVP, die mit der Deutschen Partei eng zusammengedrückt ist, erklärt haben, daß sie bis gestern abend 7 Uhr von den ganzen Verhandlungen, die Herr Hellwege geführt hat, nichts wußten. Mir haben am vergangenen Freitag die Herren von der FVP – in Gegenwart von Fraktionsmitgliedern der Deutschen Partei – erklärt, daß sie, je nachdem die Verhandlungen geführt würden, gezwungen seien, die Verbindung mit der Deutschen Partei wieder zu lösen.<sup>19</sup>

Was gestern in der „Welt“ stand, daß Herr Baumgartner durch einen Bundesminister mir das und das hätte mitteilen lassen, ist von Anfang bis zum Ende frei erfunden.<sup>20</sup> Diese ganze Geschichte ist also merkwürdig unklar. Wir wollen uns heute nicht damit aufhalten. Wir werden aber unsere Parteifreunde, sobald man hier etwas hört, ins Bild setzen. Daher werden wir sehr bald wieder zusammenkommen müssen, um die ganze Sache zu besprechen. Was bisher zwischen der DP und der Bayernpartei beabsichtigt war, würde möglicherweise, ja sogar wahrscheinlich zur Folge gehabt haben, daß vom Bundesverfassungsgericht sämtliche Stimmen, auch die der Deutschen Partei, kassiert worden wären. Dann würden Deutsche Partei und Bayernpartei keinen einzigen Bundestagsabgeordneten mehr haben. Man scheint also da etwas merkwürdig unorientiert über die rechtlichen Verhältnisse vorgegangen zu sein. Wir werden uns, Herr Wegmann und Herr Fricke, gegenseitig auf dem laufenden halten.

---

19 Adenauer hatte Hellwege am 1. Februar 1957 ultimatim aufgefordert, bis zum 4. Februar 1957 über die Verhandlungen zwischen DP und BP für eine Wahlabsprache zu berichten. Hellwege zeigte sich in seiner Antwort verwundert darüber, daß seine Kontakte eine Regierungskrise auslösen würden (NL von Merkatz ACDP I-148-091/2; „Die Welt“ vom 6. Februar 1957). – Material über Fusionsverhandlungen zwischen DP und Bayernpartei in NL Kalinke ACDP I-026-003/5.

20 Artikel „BP bleibt in der Koalition“. Gemeint ist die bayerische Koalition von SPD, FDP, BHE und BP, die von deren Kontakten zur DP nicht berührt wurde (vgl. dazu UNGER S. 196–200, hier S. 198).

Nun komme ich zur Hauptsache, das ist die SPD. Ich habe hier einige Notizen aus SPD-Kreisen.<sup>21</sup> Ich nehme an, daß sie im großen und ganzen zutreffend sind. Sie wollen, daß der Wahlkampf mit dem Schwergewicht gegen die CDU/CSU geführt wird. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie das tun werden. Ich würde es auch tun. Die SPD ist die stärkste Gegnerin unserer bisherigen Politik, die wir auch weiter fortführen wollen. Unsere Politik ist auf allen Gebieten erfolgreich gewesen. Das möchte ich sehr nachdrücklich betonen. Ich werde es noch nachdrücklicher betonen, wenn wir dazu übergehen, die Richtlinien für die Propaganda miteinander zu besprechen. Wir dürfen es uns im Interesse Deutschlands unter keinen Umständen gefallen lassen, daß nunmehr einfach alles auf den Kopf gestellt wird.

Die Wahl in diesem Jahre ist auch deshalb so bedeutungsvoll, weil die Landtagswahlen in den beiden größten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern<sup>22</sup> in einem engen Zusammenhang mit dem Ausgang der Bundestagswahl stehen. Wenn wir aus der Bundestagswahl nicht siegreich hervorgehen, dann ist es in hohem Maße unwahrscheinlich, daß es uns gelingen wird, diese Landtagswahlen zu gewinnen. Daher erfordert die Bundestagswahl in diesem Jahre erst recht den Einsatz unserer ganzen Kraft.

Ich komme zurück zu der Unterhaltung der Sozialdemokraten hinsichtlich des Wahlkampfes. Sie wollen an die Spitze stellen die innenpolitischen Probleme, insbesondere die Preise und Löhne. Sie wollen, auch wenn die CDU sich bemüht, anders zu verfahren, die Außenpolitik möglichst zurückstellen. Daß für uns die Preise und Löhne eine große Bedeutung haben, ist ganz klar. Vielleicht werden die Herren Kollegen Erhard und Lübke im Laufe der Debatte etwas dazu sagen. Daß die Außenpolitik, die das Ganze doch trägt, von der fundamentalsten Bedeutung ist, das ist auch klar. Daß wir da der Sozialdemokratie keinen Pardon geben können, ist wohl auch klar. Die SPD sagt weiter:

„In der Bundestagsitzung vom 31. Januar und 1. Februar werde die CDU bemüht sein, die SPD in die Defensive zu drängen.“

Das ist ihr auch gelungen.

„Die SPD müsse ihre eigenen Vorstellungen offensiv entwickeln und bis zur Bundestagswahl durchhalten.“

Das ist ihr nicht gelungen. Nichts war von eigenen Vorstellungen zu hören.

„Die anglo-französische Europapolitik sei von antim Amerikanischen Ressentiments getragen. Obgleich die SPD immer gegen die Amerikanisierung Europas eingetreten sei, werde sie sich einem antim Amerikanischen Komplex in den Beziehungen der Westeuropäischen Union zu den USA widersetzen.“

Das ist geradezu „herrlich“. Wenn einer so etwas vor vier Jahren gesagt hätte, würde man ihn ausgelacht haben, daß sie, ausgerechnet die Sozialdemokratie, bei

---

21 Vgl. zum Wahlkampfkonzept der SPD KLOTZBACH S. 391–398. Adenauer bezieht sich vermutlich auf die Sitzung des SPD-Parteivorstands vom 22./23. Januar 1957.

22 Am 6. Juli 1958 bzw. am 11. November 1958.

uns zum Schutze Amerikas eintrete gegenüber unseren antiamerikanischen Absichten. Gestern hörte ich vom Herrn Kollegen Krone, daß man in Amerika davon spricht, es scheine fast, als ob der deutsche Wahlkampf auf amerikanischem Boden ausgetragen werde.

„Die beiden wehrpolitischen Blöcke befinden sich in zunehmender Auflösung. Die militärische Blockpolitik der Bundesregierung nützt daher nicht der deutschen, sondern nur der Sicherheit der anderen. Einziger Ausweg: umfassendes Sicherheitssystem unter Einschluß des wiedervereinigten Deutschlands.“

Das kennen wir alle. Wir werden uns noch gesondert darüber unterhalten, wenn wir das Material bekommen. Jetzt kommt ein wunderbarer Satz. Deshalb lese ich ihn vor:

„Die Deutschlandfrage vor die UNO bringen bedeutet, neue moralische Kritik an Moskau ausüben.“

Das ist auch „wundervoll“, um Gottes willen keine moralische Kritik an Moskau üben. Das andere sind Einzelheiten.

„Sie sprechen von einer zweiten industriellen Revolution. Die CDU werde den Sicherheitsfaktor propagandistisch sehr stark herausstellen und damit einer tatsächlichen Grundstimmung im Volk entgegenkommen.“

Hier ergibt sich die Möglichkeit, die SPD festzulegen und in die Defensive zu bringen; denn sie haben uns die Parole von 1953 geklaut, nämlich: Sicherheit für alle.<sup>23</sup>

Offenbar haben verschiedene Gespräche mit Herren von der FDP stattgefunden, und zwar mit Herren, die die Koalition mit der SPD wollen. Es wird gesagt, es gäbe aber auch Leute da, die nicht dafür seien. Daher:

„Beibehaltung der Erklärungen des Münchener Parteitages, wonach die SPD jede Partei unterstützen wird, die gegen Adenauer auftritt.“

Ich hätte nie in meinem Leben daran gedacht, daß ich jemals eine solche Wahlfigur sein würde. Jede Partei wird unterstützt, die gegen mich ist! Es heißt weiter:

„Im BHE seien verschiedene Strömungen, aber der größere Teil – das ist mir sehr interessant – des BHE sei für ein Zusammengehen mit der CDU, der kleinere Teil für ein Zusammengehen mit der SPD. Die Heinemann-Partei (GVP) habe ganz offiziell beim sozialdemokratischen Parteivorstand um Überlassung von drei Mandaten nachgesucht. Der Parteivorstand könne aber einer derartigen Überlassung nur in einem Bundesland zustimmen; man müsse im Einzelfall überlegen, was gemacht werden könne.“

Ich muß das mit Vorsicht verlesen, damit nicht die Quelle verraten wird. Das werden Sie verstehen.

---

23 Das Wahlkampfmotto sollte lauten: „Sicherheit für alle durch friedliche Wiedervereinigung, soziale Gerechtigkeit und geistige Freiheit“ (KLOTZBACH S. 391; über Koalitionsüberlegungen EBD. S. 389f.).

„Dann will die SPD, wenn möglich – aber der Punkt ist umstritten – vor der Wahl keiner kleineren Partei absolut verpflichtende Zusicherungen machen, d.h. wohl Verpflichtungen, aber keine absoluten.

Sie will keinen Parteitag abhalten, sondern nur eine repräsentative Sitzung des Parteivorstandes und anschließend eine Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle veranstalten, voraussichtlich im Juni dieses Jahres.“<sup>24</sup>

Die SPD hat im Jahre 1956 um 41.800 neue Parteimitglieder zugenommen. Sie hat nicht angegeben, wieviel Parteimitglieder etwa ausgetreten sind. Das tut keine Partei. Das würden wir auch nicht tun. Dann hat sich ein Teil der SPD-Vertreter nachdrücklich dagegen ausgesprochen, daß man die Kriegsdienstverweigerung zu einem zentralen Punkt des Wahlprogramms machen soll. Das würde schlecht ausgehen. Dann möchte die Fraktion – das wird Sie, Herr Krone, interessieren – im Bundestag alles tun, um den Zeitplan der CDU durcheinanderzubringen.

Man ist sich darüber klar, daß sich die Rentenreform für die eigenen Zwecke nur sehr schwer auswirken wird. Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Sie ersehen daraus die sozialdemokratischen Absichten und Ansichten. Es ist nötig, daß ich Ihnen das mitteile, damit Sie einen Einblick in die ganze Lage bekommen.

Nun komme ich zu der Frage: Wie wird wohl nach menschlichem Ermessen das Wahlergebnis sein? Wir sind – darin stimmen wir wohl alle überein – wieder in einer aufsteigenden Linie. Es besteht wohl auch kein Zweifel daran, daß wir dann, wenn wir fortfahren zu arbeiten, nochmals zu arbeiten und zum dritten Male zu arbeiten, wenn wir ein Bild der Einigkeit und Geschlossenheit bieten und wenn wir in der ganzen Wahltaktik klug verfahren, alle Aussichten haben, die Sozialdemokratie erheblich zu überflügeln; ob wir die absolute Mehrheit erringen werden, kann natürlich kein Mensch vorhersagen. Das hängt von vielen Zufälligkeiten ab. Unser Ziel muß es aber bleiben. Wir müssen uns in diesem Kreise darüber klar sein, daß man bei uns in Deutschland niemals vorhersagen kann, man werde ein solches Ziel bestimmt erreichen.

Aus alledem folgt, daß wir bei der Regierungsbildung, auch bei einem sehr günstigen Ausgang der Wahl für uns, andere Parteien nötig haben. Weiter geht aus der ganzen Situation hervor, daß wir möglichst zeitig versuchen müssen, andere kleinere Parteien entweder an uns zu binden oder jedenfalls eine Atmosphäre zu ihnen herzustellen, die späteren Verhandlungen günstig ist. Nun sind in unserer Gemeinschaft die Deutsche Partei und der Teil der FDP, der sich abgesplittert hat und sich Freie Volkspartei nennt. Daß man diesen Parteien, mit denen wir jetzt siebeneinhalb Jahre lang zusammengearbeitet haben, die Treue wahr, ist wohl eine Selbstverständlichkeit, und ich glaube, es empfiehlt sich auch – wie überall im Leben –, daß der Stärkere und Größere gegenüber dem Kleinen entgegenkommend ist. Eine gewisse Schwierigkeit bietet sich für unsere Haltung gegenüber dem BHE.

---

24 Wahlkongreß am 16. Juni 1957 mit Verabschiedung des Wahlprogramms (Jahrbuch der SPD 1956/57 S. 226f.).

Es taucht zunächst die Frage auf: Wird der BHE, auch wenn die 5%-Klausel unangetastet bleibt, im neuen Bundestag erscheinen? Es gibt für ihn zwei Möglichkeiten, einmal, daß er die 5%-Klausel überspringt, und zum andern, daß er mit Hilfe einer anderen Partei drei direkte Sitze bekommt. Was die Frage der Überspringung der 5%-Klausel angeht, so kann das niemand prophezeien, aber mit der Aussicht, daß der BHE die 5%-Klausel übersteigen wird, muß man unbedingt rechnen, und zwar auch deswegen, weil die aus Polen und der Sowjetzone kommenden neuen Leute in der Regel zuerst zu der Partei gehen, die diesen Namen trägt, und hier schon Leute sind, die sie näher kennen. Hier folge ich einem Wort von Herrn Kollegen Oberländer, der die Verhältnisse am besten beurteilen kann.

Man muß also unbedingt mit der Möglichkeit rechnen, daß der BHE aus eigener Kraft die 5%-Klausel überspringen wird. Man muß natürlich auch damit rechnen, daß dem BHE von der SPD oder von der CDU/CSU geholfen wird, um drei Sitze zu erreichen. Damit werden für den BHE gegenüber der Partei, die ihm hilft, Verpflichtungen verbunden sein. Der BHE wünscht am liebsten keine Verpflichtung, und zwar aus folgendem, von seinem Standpunkt aus erklärlichen Grund. Er sagt: Bei uns sind Leute, die zu den Sozialisten neigen, und Leute, die zur CDU neigen. Wenn wir uns gegenüber den Sozialisten verpflichten, drei Mandate von ihnen zu nehmen, laufen wir Gefahr, daß wir einen Teil unserer Wähler direkt an die CDU verlieren. Wenn wir mit der CDU ein solches Geschäft machen, laufen wir Gefahr, daß die nach links gerichteten Kräfte zu den Sozialisten übergehen. Das ist das Dilemma, in dem sich der BHE befindet, das man sehr klar erkennen muß.

Für die CDU kommt noch ein besonderer Aspekt hinzu, das sind die früheren Mitglieder des BHE, die zu uns übergetreten sind. Man kann über diese Frage hier nicht im einzelnen sprechen. Die Gefahr, daß irgend etwas, wenn auch nicht mit bösem Willen, nach draußen kommt, ist zu groß. Wir müssen also über diese Frage in einem kleinen Kreis, sobald die Sitzung im Parlament gewesen ist, sprechen.

Das war nötig, um Sie einzuführen in den Geist der Arbeit der Herren von der Bundesgeschäftsstelle und des engeren Vorstandes. Ich glaube auch, Ihnen schuldig zu sein, diese innenpolitische Übersicht zu geben, weil wir gern Ihre Ansicht darüber hören möchten, damit wir uns eventuell korrigieren können. Wenn wir eine Übereinstimmung feststellen, dann wird das sehr wesentlich sein für die weiter von uns zu verfolgende Taktik. Ich möchte bitten, daß die Herren Krone und Heck meinen Vortrag ergänzen. (*Beifall.*)

*Krone:* Ich möchte nur ein paar kurze Ergänzungen mitteilen. Was die Fraktion angeht, so stimmt es, daß die SPD unseren Zeitplan stören will. Ich bin der Meinung, Herr Präsident Gerstenmaier, wir sollten bis Ende Mai mit unserer Arbeit fertig werden. (*Gerstenmaier:* Mit sämtlichen Vorlagen?) Ja, bis Ende Mai, damit wir Zeit für die Wahlen haben und sich auch die Abgeordneten mehr um die Wahlkreise kümmern können. Wir sollten uns bemühen, keine strittigen Materien weder von uns noch von der Regierung aus vorzubringen. Ein Beispiel! Beim Jugendarbeitsschutz

gesetz<sup>25</sup> geht sofort der Streit mit den Handwerkern los. Solch strittigen Dinge sollten wir also bis zum Herbst zurückstellen. Wir sollten aber die wichtigsten Probleme aus der Fülle dessen, was vorliegt, beraten und behandeln. Ich möchte sie kurz mit einem Wort nennen: den Haushaltsplan, die noch zum Wehrbereich anfallenden Gesetze<sup>26</sup>, den Grünen Plan<sup>27</sup>, die Beamtenbesoldung<sup>28</sup>, das Kartellgesetz<sup>29</sup>, die Rechtsreform<sup>30</sup>, die Angelegenheit der Heimatvertriebenen<sup>31</sup>, das Kindergeldgesetz<sup>32</sup>, das Kriegsfolgeschlußgesetz<sup>33</sup>. (*Zuruf*: Die Altersversorgung!) Liegt schon vor! Wir sollten uns nur auf das konzentrieren, was unbedingt gemacht werden muß. Wir müssen die Linie fortsetzen, um innerhalb der Fraktion die gleiche Geschlossenheit herbeizuführen, wie wir sie auch bei der Rentenreform gezeigt haben. Hinsichtlich des Kartellgesetzes kann ich nur dankbar sein für das, was Herr Pferdenges geleistet hat, um die widerstrebenden Geister zusammenzubringen. Ich erwähne auch, daß wir wahrscheinlich ebenfalls geschlossen über das 67er Personenstandsgesetz<sup>34</sup> hinwegkommen werden. Es liegt ein Fraktionsantrag auf Streichung vor. Ich kann unseren evangelischen Kollegen nur dankbar sein, daß sie sich so stark für die Streichung eingesetzt haben.

Wir sollten nicht mehr diskutieren im Ausschuß, sondern höchstens intern beraten über 1. Miteigentum und 2. Einkommensteuer. Beides sind Gesetze, bei denen es Kontroversen geben wird. Zur Frage der Einkommensteuer kann ich sagen, es ist weder von der Fraktion noch vom Vorstand über einen Antrag gesprochen worden. (*Scharnberg*: Es werden aber Unterschriften gesammelt!) Das könnte höchstens von einigen Kollegen ausgegangen sein. Ich bin der Meinung, daß wir auf beiden Gebieten

---

25 Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1058.

26 Gesetz über den Wehrbeauftragten vom 26. Juni 1957 – BGBl I S. 652; Unterhaltssicherungsgesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 1046; Vertrauensmännerwahlgesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 1052; Militärseelsorgegesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 701; Wehrdisziplinarordnung vom 15. März 1957 – BGBl I S. 189; Wehrstrafgesetz vom 30. März 1957 – BGBl I S. 298, 306; Wehrsoldgesetz vom 30. März 1957 – BGBl I S. 308; Soldatenversorgungsgesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 785.

27 Abschließend beraten in der 195. und 205. Sitzung des Bundestages am 27. Februar und am 12. April 1957 (Sten.Ber. 2.WP Bd.35 und 36).

28 Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 993.

29 Gesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1081.

30 Unklar, welche Gesetzesänderung gemeint. Möglicherweise Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juni 1957 – BGBl I S. 597.

31 Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenengesetzes vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1207.

32 Kindergeldneuordnungsgesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1061.

33 Gesetz vom 5. November 1957 – BGBl I S. 1747.

34 In der Fassung des Personenstandsgesetzes von 1937 § 67 war vorgesehen, daß die kirchliche Trauung nicht vor der zivilrechtlichen vorgenommen werden dürfe; Zuwiderhandlung sollte mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden. Dieses Strafmaß war unter Hitler weiter verschärft worden (Diskussion und Abstimmung darüber am 7. Februar 1957 in Sten.Ber. 2.WP Bd.35 S. 10895–10906; Gesetz vom 18. Mai 1957 – BGBl I S. 518 sowie Neufassung vom 8. August 1957 – BGBl I S. 1125).

nichts mehr machen dürfen. Noch ein letztes: Wir müssen fortfahren mit unserer bisherigen Außenpolitik. Wir müssen um so profilierter zum Volke sprechen, je näher wir an die Wahl kommen.

*Adenauer:* Ich bitte Herrn Heck, zunächst zur Frage der Bundestagswahl und der Kandidatenaufstellung zu sprechen, da heute nachmittag die Bundestagsabgeordneten nicht mehr anwesend sein können.

#### VORBEREITUNG DER BUNDESTAGSWAHLEN; FRAGE DER KANDIDATENAUFSTELLUNG

*Heck:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe den Auftrag, Ihnen einen kurzen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für die Bundestagswahl zu geben.<sup>35</sup> Mit wenigen Ausnahmen haben wir für sämtliche Bundestagswahlkreise Filmgeräte, Lautsprecheranlagen und Fahrzeuge. Seit Wochen sind im ganzen Bundesgebiet im Rahmen der ersten Phase des Wahlkampfes an Filmen im Einsatz:

Grüner Plan	80 Kopien
Ungarn	80 Kopien
NATO (Bündnis für den Frieden)	180 Kopien
6 Filme für die Vertriebenen mit je	15 Kopien
Aufbau der Bundeswehr (Die ersten Schritte)	60 Kopien

Die Heimatvertriebenen kommen in einer außerordentlich großen Zahl zu den Veranstaltungen, in denen die alte Heimat gezeigt wird.

Verteilt durch die Bundesgeschäftsstelle sind: die Wahlkreis-Analyse 1. an die Kreisgeschäftsführer, 2. an die Abgeordneten bzw. Kandidaten, 3. an die Landesverbände; die Wahlanalysen, die landschaftsweise hergestellt worden sind, werden bis zum 15. Februar fertig und gehen dann den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern zu.

Im Rahmen der langfristigen Vorbereitungen darf ich ein Wort zu dem Erfolg unserer Mitgliederwerbaktion sagen. Es sind allein bei der Zentrale bisher in knapp drei Monaten 9.000 Neuanmeldungen eingegangen. Dazu muß ich sagen, daß eine erhebliche Anzahl von geworbenen Mitgliedern direkt bei den Kreisverbänden eingegangen ist, so daß die Gesamtzahl dieser Aktion in knapp drei Monaten vorläufig weit über 10.000 sein wird. Es ist uns in dieser kurzen Zeit gelungen, den Mitgliederstand um 6 bis 7 % zu heben. (*Zimmer:* Ist das die Briefaktion?) Ja! Der Vergleich mit der SPD hält durchaus stand, Herr Bundeskanzler. Ich habe eine Übersicht, wonach die Abgänge bei der SPD viel stärker sind als bei uns. Sie hat in der absoluten

---

35 Zur Planung und Durchführung des Wahlkampfes ausführliches Material in ACDP VII-003-003/3.

Mitgliederzahl im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 0,6 % gehabt, d.h., zu 0,6 % ist ein Überschuß an neuen Bewerbungen gegenüber ihren Abgängen vorhanden.

Dann wurde im Frühjahr des vergangenen Jahres damit begonnen, über das ganze Bundesgebiet ein Netz der Vertrauensleute auszubauen. Diese Aktion ist nahezu abgeschlossen. Wir haben im ganzen Bundesgebiet, in allen Ländern, insgesamt 30.000 Vertrauensleute, d.h., es ist nahezu in jeder Gemeinde der Bundesrepublik ein Vertrauensmann bestellt worden.

Die Besetzung der Kreisgeschäftsstellen hat folgenden Stand erreicht: für 200 Bundestagswahlkreise mit insgesamt 387 Kreisverbänden haben wir jetzt 82 hauptamtliche, 47 ehrenamtliche und 63 nebenamtliche Kreisgeschäftsführer. Die Kreisgeschäftsführer sind in einem achttägigen Lehrgang für die Vorbereitung der Wahl geschult und ausgebildet worden. Im Rahmen dieser Schulungsarbeit wurde vor allen Dingen geübt, was in den nächsten Wochen für den Ausbau der Wahlkampforganisation notwendig sein wird. Dazu gehören 1. die Schaffung eines Verteilerapparates für schriftliches Material, wie Flugblätter usw., 2. ein Plakatklebeplan mit Kolonnen usw., 3. eine Adressenkartei.

Gesondert erfaßt werden in den Kreisen die Heimatvertriebenen, die Jungwähler, die über 65jährigen und Gehbehinderten, die Witwen usw.; alles Kategorien von Wählern, bei denen es sich empfiehlt, daß man sie gesondert und persönlich anspricht. Wir haben für die Vertrauensleute und die Kreisgeschäftsführer eine Broschüre in Arbeit, in der zusammengefaßt ist, was bei der Vorbereitung des Wahlkampfes in den nächsten Monaten getan werden muß und auf was zu achten ist, und zwar bis in jede Einzelheit hinein.

Wir haben weiter durchgeführt mit der Jungen Union etwa 15 Lehrgänge mit insgesamt 500 Teilnehmern, und zwar zu dem Zweck, aus dem Bereich der Jungen Union Wahlhelfer zu bekommen, die die Kreisgeschäftsführer bei ihrer Arbeit unterstützen und gleichzeitig als Redner eingesetzt werden können. Eine weitere Tagung ist vorgesehen für Spätheimkehrer und KZ-Häftlinge. Es bieten sich gerade von den Spätheimkehrern und den Leuten, die aus dem KZ der Zone entlassen worden sind, sehr gute Redner an. Wir wollen diesen Personenkreis einmal für acht Tage zusammenholen und mit ihm darüber sprechen, in welcher Weise diese Leute im Wahlkampf eingesetzt werden können.

Auf der publizistischen Seite wurde „Union in Deutschland“ mit Wirkung vom 1. Januar umgestellt. Jetzt erscheint diese Schrift wöchentlich und geht im Postversand in einer Auflage von 30.000 an alle Vertrauensleute. Diese Umstellung ist von allen Landesvorsitzenden und von den Vertrauensleuten sehr begrüßt worden. Das Echo ist so stark, daß wir monatlich 20.000 bis 40.000 Nachbestellungen haben. Wir sind nicht in der Lage, die Nachbestellungen zu liefern, weil die Finanzen dafür nicht ausreichen.

Dann haben wir eine Aufstellung verschiedener Themen – insgesamt elf – bisher herausgegeben. Ich brauche die Themen nicht aufzuzählen. Dann sind die Vorbereitungen für den SPD-Spiegel abgeschlossen. Sie erinnern sich sicher noch an den

SPD-Spiegel, den wir für die letzte Bundestagswahl gemacht hatten.<sup>36</sup> Dann haben wir eine Gegenüberstellung dessen gemacht, was wir in der Regierungserklärung 1953 versprochen haben und was inzwischen alles geleistet worden ist. Dazu kommt das gesamte statistische Material über die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, und zwar immer im Vergleich mit den entsprechenden statistischen Zahlen der übrigen europäischen und außereuropäischen Länder, unter besonderer Berücksichtigung der sozialistisch regierten Länder, wie Norwegen, Schweden und Dänemark. Herr Kiesinger ist noch dabei, ein außenpolitisches Vademecum zusammenzustellen. Am 1. März werden wir in der Lage sein, eine Flüchtlingszeitung mit einer Auflage von 20.000 Stück für die Flüchtlingslager zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung muß von den Kreisverbänden übernommen werden, in deren Bereich die Flüchtlingslager liegen.

Damit die Landesvorsitzenden darüber orientiert sind, was an Arbeiten für die Wahl von der Bundespartei übernommen wird, darf ich folgendes bekanntgeben: 1. die zentrale Plakatierung an den Plakatsäulen und den Sonderstellen, 2. die Herstellung von Filmen, 3. die Herstellung einer Wahlillustrierten, 4. die Herstellung von Flugblättern und Handzetteln, soweit sie bundesdeutsche Themen behandeln, 5. die Herstellung von Tonbändern für die Lautsprecheranlagen und 6. die Vorbereitung und Durchführung der Wahlreisen und den Einsatz der Spitzenredner.

Das sind die Arbeiten und Maßnahmen, die wir von der Bundespartei im Wahlkampf übernehmen. Das ist bereits mit den Landesgeschäftsführern abgesprochen worden. Ich werde die Landesgeschäftsführer nach dieser Vorstandssitzung zu einer weiteren Sitzung zusammenrufen, weil wir hoffen, daß aus der Diskussion hier noch wertvolle Anregungen gegeben werden, die bei der Gestaltung der Plakate, der Wahlillustrierten, der Flugblätter usw. berücksichtigt werden können.

*Meyers:* Die Kandidatenaufstellung ist eine tatsächliche und eine juristische Frage. Zur juristischen Frage will Herr Schröder sprechen. Bei der Betrachtung des Tatsächlichen befürchte ich, daß hier Fragen auftauchen, die vor jeder Wahl auftreten und nach jeder Wahl bedauert werden, weil sie eben nicht beantwortet worden sind. (*Zuruf:* Mehr Mut!) Die Aufstellung des richtigen Wahlkreiskandidaten ist in diesem Jahr besonders wichtig. Die Aufstellung eines richtigen Kandidaten kann Tausende von Stimmen mehr oder weniger bringen. Diese Tausende von Stimmen zusammengenommen können eine erhebliche Beeinflussung der nächsten Regierung darstellen. Deshalb ist es so wichtig, die Kandidaten richtig, nämlich unter dem Gesichtspunkt des Wahlkreises und der Persönlichkeit, aufzustellen.

Dabei erhebt sich die Frage: Kommen hierbei nicht jene Belange zu kurz, die die Fraktion hat? Die Fraktion hat das Bedürfnis, einige gewisse Spezialisten zu haben. Eigenartigerweise stellt sich in der Praxis heraus, daß das Kandidaten sind, die im Wahlkreis nicht so sehr ansprechen, die aber unbedingt in den Bundestag hineinkommen müssen, weil die Fraktion nicht auf sie verzichten kann. Deshalb

---

<sup>36</sup> Herausgeber jeweils die Bundesgeschäftsstelle der CDU in Bonn.

werden die Landesvorsitzenden gebeten, sich mit den Fraktionen in Verbindung zu setzen, daß hierauf bei der Aufstellung der Kandidaten auf der Landesliste besondere Rücksicht genommen wird; denn es ist leichter, einen solchen Kandidaten über die Landesliste hereinzubekommen.

Ein weiteres Problem bilden die Abgeordneten, die versagt haben. Es entsteht die Frage: Ist das den Landesverbänden immer bekannt? In den meisten Fällen wird es bekannt sein. Ist es nicht bekannt, dann entsteht die Frage: Bei wem können sich die Landesverbände erkundigen? Ein erfahrener Politiker hat einmal gesagt: Es wird niemand politischen Selbstmord betreiben, indem er darüber Auskunft gibt. Ich habe aber den Eindruck, daß der Vorstand der Fraktion immerhin in der Lage wäre, auf eine vertrauliche Anfrage eines Landesvorsitzenden darüber Auskunft zu geben, damit nicht dieselben Damen und Herren, die schon vier Jahre lang die Fraktionsarbeit belastet haben, in den nächsten vier Jahren diese Arbeit weiter erschweren. (*Adenauer*: Die Anfrage erfordert mehr Mut!) Wir wollen nicht eine Abwägung des Mutes vornehmen, Herr Bundeskanzler, sonst kämen wir über das Problem des Mutes im politischen Leben nicht so schnell hinweg. Wichtig ist es – das hat der Herr Bundeskanzler schon hervorgehoben –, daß wir die Vertriebenen, die zu uns gekommen sind, auch in der richtigen Weise berücksichtigen. Es sind auch vielfach Klagen aus den Kreisen der Frauen unserer Partei an uns herangekommen, daß sie bei der Auswahl der Kandidaten nicht genügend berücksichtigt würden.

Die letzte Frage, die noch auftaucht, ist die des Zeitpunktes. Schon in der letzten Vorstandssitzung ist gesagt worden, möglichst früh anfangen, und zwar deswegen, weil die Arbeiten im vorpolitischen Raum nicht zu unterschätzen sind. Daher muß diese Arbeit spätestens in einigen Wochen einsetzen, wenn sie noch Früchte tragen soll. Inzwischen hat sich die Lage so gewandelt, daß sie für uns durchaus positiv ist. Es ist also richtig, in den nächsten Wochen mit der Arbeit zu beginnen. Daher ist es besser, daß der Kandidat, der seinen Ehrgeiz dareinsetzt, gewählt zu werden, dann schon feststeht. Es könnte dann mit dem Kandidaten die Wahlkreis-Analyse unter der Assistenz eines Mitgliedes des Landesvorstandes durchgegangen werden.

*Adenauer*: Ja, meine Damen und Herren, das sind alles sehr kurze Sätze, aber das Thema ist sehr wichtig. Ich möchte bitten, daß wir zunächst einmal bei der Diskussion uns auf die Frage der Kandidatenauswahl beschränken. Darüber muß von Ihrer Seite aus gesprochen werden.

*Lensing*: Ich möchte mit wenigen Worten auf eine gewisse Kritik zurückkommen, Herr Bundeskanzler, die Sie bezüglich der Propagandainstrumente, die wir haben, geübt haben. Bei uns ist Herr Dufhues im Verwaltungsrat. (*Adenauer*: Ich habe den Namen nicht genannt!) Aber das weiß doch jeder, und ich als sein Landesvorsitzender fühle mich verpflichtet, ihn doch in etwa in Schutz zu nehmen. Ich glaube nicht, daß Sie wissen, wie ungeheuer schwer die Verhältnisse im Westdeutschen Rundfunk überhaupt geworden sind. Man muß überhaupt die Geschichte des Rundfunks kennen. Der Rundfunk ist entstanden als Nordwestdeutscher Rundfunk in Hamburg, und zwar als eine Einrichtung ...

*Adenauer:* Entschuldigen Sie bitte, wenn ich unterbreche. Sollen wir hier die kostbare Zeit dafür verwenden, um festzustellen, ob der Herr Dufhues zu Recht oder zu Unrecht etwas tut? Die Kandidatenfrage ist doch so wichtig, daß wir unsere kurze Zeit damit nicht verschwenden sollten. Ich darf also bitten, zur Kandidatenfrage zu sprechen. Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp?

*Gratl:* Einer muß ja anfangen! Ich habe an den Landesvorsitzenden einen Brief geschrieben, in dem ich die Zahl der Ostflüchtlinge, die sich in der Bundesrepublik befinden, mitgeteilt habe. Das sind über eine Million Wahlberechtigte. (*Oberländer:* Es müssen mehr sein!) Ich will es nicht übertreiben. (*Oberländer:* Mindestens 1,6 Millionen!) Also gut, dann sind es 1,6 Millionen Stimmen der Ostflüchtlinge, die sich auf eine Anzahl von Ländern erstrecken. Ich glaube, daß wir bei der Stimmung, die in der Zone und bei den Flüchtlingen herrscht, sagen können, daß bei den Flüchtlingen wirklich ein Stimmenreservoir für uns vorhanden ist. Es kommt nur darauf an, daß in den Landesverbänden einige Leute aus diesem Kreis herausgestellt werden.

Für Nordrhein-Westfalen habe ich eine besondere Empfehlung. Ich kann nur dringend empfehlen, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Zonenflüchtlinge, Oberstudiendirektor Eichelbaum<sup>37</sup> aus Wuppertal, bei der Kandidatenaufstellung in einer einigermaßen aussichtsreichen Position zu berücksichtigen. Damit werden Sie viel weitergehende Wirkungen als mit irgend jemand anderem erreichen können.

*Meyers:* Ich darf die Landesvorsitzenden ganz besonders auf die juristische Seite hinweisen. Im Wahlgesetz ist eine Bestimmung, die nicht mehr zu ändern ist, daß nur unmittelbar gewählte Delegierte den Kandidaten wählen können.<sup>38</sup> Ich bitte Sie, sich diese Vorschrift genau anzusehen und entsprechend dieser Vorschrift zu handeln. Wir haben meistens in den Satzungen stehen, daß irgendwelche Mitglieder kraft Amtes zur Delegiertenversammlung gehören. Solche Dinge können zur Wahlanfechtung führen. Ich habe mir in meinem Heimatort dadurch geholfen, daß ich die kraft Amtes zur Delegiertenversammlung gehörenden Leute noch einmal habe wählen lassen. Das ist aber da nicht möglich, wo starke Spannungen in der CDU bestehen. Es ist diese Bestimmung leider in das Wahlgesetz hineingekommen, ohne daß wir etwas davon gewußt haben, weil gesagt worden ist, daß die technischen Dinge genauso sein würden wie im vorhergehenden Gesetz. Das ist aber bezüglich dieses Punktes nicht der Fall.

---

37 Ernst Theodor Eichelbaum (geb. 1893), Mitgründer der CDU Leipzig, 1946–1948 zweiter Bürgermeister von Leipzig, 1949–1957 Oberstudiendirektor in Wuppertal, 1957–1965 MdB, Bundesvorsitzender des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge.

38 Nach den §§ 22, 28 Abs. 5 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383) muß die Wahl der Bewerber, die auf die Landesliste einer Partei gesetzt werden sollen, von einer Vertreterversammlung vorgenommen werden, deren Mitglieder hierzu von den Wahlberechtigten Parteimitgliedern im Land unmittelbar entweder nur für die bevorstehende Bundestagswahl oder nicht früher als ein Jahr vor der Wahl allgemein für bevorstehende Wahlen gewählt worden sind (Vermerk des Bundesministers des Innern in ACDP VII-003-003/3).

Die Wahlordnung ist noch nicht heraus. Wir haben gestern im geschäftsführenden Vorstand darüber gesprochen. Auch in dieser Angelegenheit zeigt sich ein verhängnisvoller Hang zum Perfektionismus, der in ländlichen Kreisen dazu führen könnte, daß irgendwelche Maßnahmen sich sehr ungünstig auswirkten. Ich will Herrn Schröder bitten, dafür zu sorgen, daß diese Dinge großzügig geregelt werden, aber die eine Sache ist, weil sie im Gesetz steht, nicht mehr zu ändern, und ich bitte Sie, darauf Rücksicht zu nehmen.

*Adenauer:* Ich würde Sie bitten, Herr Meyers, uns das in Form einer Mitteilung zugänglich zu machen; denn das geht hier so schnell, und das kann man auch nicht so behalten. Aber es ist ein sehr wichtiger Punkt.

Darf ich in organisatorischer Hinsicht eine Frage stellen? Wir haben hier davon gesprochen, daß für jeden Bundestagswahlkreis, der nicht mit unserer Organisation übereinstimmt, eine besondere Stelle geschaffen werden soll, an die sich die Bundesgeschäftsstelle wenden kann. Wie ist es damit?

*Heck:* Das ist von einem Teil der Landesverbände bisher beantwortet worden, und zwar in der Form, daß es bei dem bleiben soll, wie es früher gewesen ist, daß nämlich dort, wo in einem Bundestagswahlkreis zwei Kreisverbände vorhanden sind, die beiden Kreisvorsitzenden zusammen die Arbeit machen sollen. In anderen Fällen wurde auf den Kreisgeschäftsführer verwiesen. Es wird als nicht zweckmäßig empfunden, von der bisherigen Gepflogenheit abzugehen. Von einem Teil der Landesverbände ist noch keine Meldung bei uns eingegangen.

*Adenauer:* Hat denn die bisherige Gepflogenheit funktioniert? (*Heck:* Bei der letzten Bundestagswahl ganz ordentlich!) Dann würde ich die Herren Landesvorsitzenden bitten, zu Hause nachzusehen, ob überall die Sache in Ordnung ist.

Herr Dichtel, wollten Sie nicht zur Aufstellung der Kandidaten etwas sagen? (*Dichtel:* Nein!)

*Von Hassel:* Es ist für uns mißlich, entscheiden zu sollen, wer reüssiert hat und wer abgehen soll. In den Landesverbänden übersieht man nicht genau, ob die strukturelle Zusammensetzung und die Gliederung der Bundestagsfraktion wirklich für sämtliche Sachgebiete ausreichend ist. Wäre es daher nicht zweckmäßig, daß einmal nur die Landesvorsitzenden mit dem engsten Parteivorstand mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, zusammenkämen, um sich dort eine Gesamtübersicht zu verschaffen?

Bei uns ist z.B. folgende Schwierigkeit: In einem Agrarland will jeder Landkreis, weil die anderen Bauern aufstellen, auch einen Bauern aufstellen. Wir müßten eine Gesamtübersicht haben, um zu erkennen, ob die Möglichkeit besteht, gegenseitig etwas Rücksicht aufeinander zu nehmen, damit wir nicht nachher eine einseitige Bundestagsfraktion haben und weite Gebiete nicht richtig besetzt sind.

*Gurk:* Die Frage der Kandidaten ist in dem Sinne interpretiert worden, daß die Aufstellung der Personen ungeheuer wichtig sei für den Wahlausgang. Das stimmt, und es stimmt auch nicht. Ich bin der Meinung, daß es einen allgemeinen Wählerwillen gibt; wenigstens hat es ihn bei den letzten Bundestagswahlen gegeben. Es gibt eine allgemeine politische Willensbildung. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß diese

Welle sogar Leute durchgebracht hat, die versehentlich Kandidaten geworden waren. Das kommt auch vor!

Ich will damit nicht sagen, daß die Kandidatenaufstellung unwichtig sei; denn selbstverständlich ist ein unfähiger Kandidat zu einigen Prozenten auch wesentlich für den Ausgang des Kampfes, aber er ist untauglich für die Führung der politischen Arbeit während der Periode in seinem Wahlkreis und noch untauglicher für die Fraktion. Insofern gebe ich Ihnen recht, daß die Aufstellung des Kandidaten wesentlich und von allgemeiner politischer Bedeutung ist.

Die Möglichkeit, die verschiedenen Stände zu berücksichtigen, ist viel kleiner, als man im allgemeinen annimmt. Sie dürfen nicht vergessen, unsere Partei ist eine freiheitliche Partei, in der es die Landesleitungen schwer haben, auf die Kreise bestimmend einzuwirken. Wir tun das, aber wir müssen uns auseinandersetzen mit einem betonten Willen der Kreise; denn sie wollen den oder den Kandidaten und keinen anderen. Es ist schon bei den Landtagswahlen fast nicht mehr möglich, begabte Leute von außen in die Kreise hineinzubringen. Wenn Sie sich unseren Bemühungen, gute Leute von außen hineinzubringen, nicht verschließen, dann wäre es gut, diese Frage einmal von oben herunter in unserer internen Presse zu behandeln. Ich denke hierbei an das Beispiel von Tauberbischofsheim, wo wir einen begabten Juristen brauchten, aber nicht bekamen; denn lieber will man unbegabte Leute aus dem Kreis als die fähigsten Menschen, die im Nachbarort wohnen.

Die Frage der Stände ist schon alt. Es soll niemand beleidigt sein, wenn ich jetzt exemplifiziere: die Vertriebenen, die Sowjetzonenflüchtlinge, die Frauen, die Junge Union, das Handwerk, der Verband der Kriegsgeschädigten usw. – alle wollen berücksichtigt werden. Wir bemühen uns auch in den Kreisen, sie alle zu berücksichtigen. Übrig bleibt natürlich das große Heil der Landesliste. Ich möchte aber bitten, die Frage der Standesvertretung – wenn es geht – nicht übermäßig zu betonen. Es wird fast nicht möglich sein, alle Interessen gerecht wahrzunehmen und zu berücksichtigen, wenigstens nicht in dem engeren Kreis eines Landesverbandes. Auch der Wunsch der Frauen ist nur sehr schwer zu erfüllen und in der Regel nur über die Landesliste zu verwirklichen.

Die Auskünfte von der Fraktion waren uns schon das letzte Mal angekündigt, aber sie sind ausgeblieben! (*Zuruf*: Waren nicht angekündigt!) Doch, es war uns angekündigt! Aber ich entschuldige es, man kann nicht zuviel von ihnen verlangen. Ich gebe dem Herrn Bundeskanzler recht, daß es unter Umständen sehr schwer sein wird, rückzufragen; man müßte nämlich dann überall rückfragen, und einer von der Fraktion müßte sich dazu hergeben, diese Fragen zu beantworten. Andererseits ist aber doch allgemein bekannt im Land, was die einzelnen Herren geleistet haben. Jeder Landesverband hat auch seinen Stolz und möchte seine eigenen Bundestagsabgeordneten glänzen sehen, was ja auch zum Teil geschieht. Wenn Sie uns Auskunft geben wollen, dann tun Sie es bitte. Rückfragen sollten Sie uns eigentlich nicht zumuten. Es sollte an sich der Fraktionsvorstand so feststehen in seinem Wahlkreis, daß er es ruhig wagen kann, diese Auskünfte zu erteilen. Das wäre schon sehr wertvoll, wenigstens in

extremen Grenzfällen nach der negativen Seite. Sonst ist es nicht gut möglich. Es gibt aber sicher solche Fälle. Lassen wir also nicht so sehr nach den Standesvertretungen sehen, sondern stellen wir allgemein an unsere Kandidaten die Forderung, daß sie alle Belange wirksam vertreten können.

*Adenauer:* Darf ich dazu einige Ausführungen machen! Bei der Aufzählung der Gesichtspunkte, die Herr Meyers hervorgehoben hat, scheint mir ein Gesichtspunkt nicht in Betracht gezogen worden zu sein. Wir müssen auch daran denken, ob es nicht möglich ist, in dem einen oder anderen Fall einen führenden Kandidaten einer anderen Partei zur Strecke zu bringen. Das ist auch ein sehr großer Erfolg für eine Partei, auch nach der Wahl. Ich denke z.B. an einen ganz bestimmten Fall. Ich nenne keinen Namen. Der Betreffende hat gesiegt mit wenigen hundert Stimmen. Er ist zweifellos ein wertvolles Mitglied des Bundestages und ein führender Mann seiner Partei. Aber höchstwahrscheinlich wäre es möglich gewesen, die fehlenden paar hundert Stimmen aufzubringen, wenn in diesem Wahlkreis von uns mit Intensität vorgegangen worden wäre. Dann wäre das für unsere Partei natürlich sehr wertvoll gewesen. Das ist also ein Gesichtspunkt, den man hier und da auch berücksichtigen muß.

Ich möchte Ihnen, Herr Gurk, folgendes sagen: Es ist notwendig, die Stände zu berücksichtigen. Das ist wohl ganz klar. Aber daß z.B. das Handwerk oder die Industrie oder sonst ein Berufsstand in hundert Wahlkreisen vertreten sein will, das ist es eben, worunter wir leiden. Es genügt zur Wahrung der Interessen der einzelnen Stände, wenn einige tüchtige und führende Vertreter des betreffenden Standes im Bundestag sind. Jetzt ist es doch so, daß die Handwerker in jedem Wahlkreis einen Mann haben wollen. Ich greife die Handwerker beliebig heraus; ich meine sie nicht als Stand für sich allein, wohl aber die einzelnen Zweige überhaupt.

Wir müssen doch das Ganze sehen. Und nach den Erfahrungen, die wir bei der zweiten Bundestagswahl gemacht haben, bleibt kaum etwas anderes übrig, als daß wir nach der Anregung des Herrn von Hassel eine ganz kleine Gruppe einsetzen – einige Herren von der Fraktion und einige Herren aus dem engeren Parteivorstand –, die sich einmal ansieht die Liste der jetzigen Bundestagsabgeordneten und zum anderen die Meldungen über die Absichten – die möglichst bald eingehen müssen –, welche Kandidaten in Aussicht genommen worden sind. Dann müßte dieser Ausschuß vergleichen, was jetzt da ist und was zu erwarten sein wird. Er würde zwar von seiner höheren Warte aus nicht etwa sagen – ich habe mir den schönen Ausdruck aufgeschrieben, Herr Gurk –, extreme Grenzfälle nach der negativen Seite – ein hartes Wort, so schön es klingt –, sondern er würde dem einen oder anderen Landesvorsitzenden oder dem Kollegen Krone sagen, die und die Gruppe ist zu schwach vertreten. Nehmen Sie z.B. die Vertreter der Arbeitnehmer. Das ist auch eine Gruppe, die vielleicht etwas zu schwach bei uns vertreten ist. (*Kunze:* Nein!) Sie schütteln den Kopf, Herr Kunze. Ich führe es nur als Beispiel an. Dann sind es die Ärzte, um ganz sicherzugehen, obgleich man manchmal im Bundestag einen Psychiater dringend nötig hat, einen Parlaments-Psychiater. Vielleicht wird der Bundestagspräsident einmal daran denken und einen Herrn engagieren.

Wir brauchen also nicht zu sagen: Das ist ein Mann, der ist schlecht, er hat nichts geleistet, und er gehört zu den extremen Grenzfällen nach der negativen Seite, sondern wir könnten sagen, nach der Übersicht, die wir haben, brauchen wir noch einige tüchtige Landwirte, noch einige tüchtige Handwerker usw. (*Zuruf*: Haben wir!) Aber, meine Herren, ich nehme das doch nur als X, Y, Z, als Beispiel. Das habe ich jetzt schon dreimal gesagt! Wir könnten also auch sagen: Wir brauchen noch einige Vertriebene usw. Könnt ihr in eurem Wahlkreis die Liste anders gestalten, damit noch Vertriebene daraufkommen?

Damit vermeiden wir, Noten zu erteilen. Noten zu erteilen ist immer schlecht. Die meisten Leute haben Angst davor. Ich wundere mich, daß die Lehrer überhaupt noch in der Lage sind, Noten zu erteilen, ohne befürchten zu müssen, später vom Verwaltungsgericht revidiert zu werden. Wir setzen vielleicht die zuständigen Stellen in den Wahlkreisen in die Lage, den bisherigen Abgeordneten zu sagen, du bist ein großartiger Mann, du hast tadellos acht oder vier Jahre deine Pflicht erfüllt, aber aufgrund der Übersicht, wie wir sie jetzt haben, müssen noch diese oder jene Leute hinzukommen. Willst du nicht mit Rücksicht auf das höhere Interesse verzichten? Wenn er dann sagt, nein, ich verzichte nicht, dann hat die betreffende Stelle es viel leichter, ihm nun zu sagen, es tut uns sehr leid, wir können dich nicht aufstellen, weil das höhere Interesse vorgeht.

Ich möchte vermeiden, uns und den Abgeordneten Schwierigkeiten zu machen. Zu sagen, der Herr X, Y, Z hat nichts getan, den können wir entbehren, das ist immer peinlich. Ich möchte die Angelegenheit unter einen höheren Gesichtspunkt stellen, daß nämlich bestimmte Gruppen so oder so vertreten sein müssen. Können wir uns auf diesen Vorschlag einigen? Sie werden sicher gern ja sagen, weil mir eben jemand sagte, dann bekommen wir den Schwarzen Peter zugespielt. Oder wissen Sie einen besseren Vorschlag?

*Lensing*: Beim Frankfurter Wirtschaftsrat ist es so gewesen: Der Fraktionsvorsitzende hat mir z.B. bezüglich der westfälischen Abgeordneten im Wirtschaftsrat eine ganz klare Klassifizierung gegeben.

*Gerstenmaier*: Ich glaube, daß das Problem bei der Landesliste liegt. Wir haben 247 Wahlkreise und 273 Mandate zusätzlich. Die Situation bei unserer Partei ist im großen und ganzen so, daß das Grundgefüge steht und es sich praktisch nur um einige Korrekturen handelt. Diese Korrekturen werden weitgehend in den Wahlkreisen durchgeführt werden können. Ich bin der Meinung, daß eine zwingende Verpflichtung von seiten der Fraktionsführung besteht, hier in Kontakt mit den Landesvorständen zu kommen.

Es gibt gewisse Gruppen von Abgeordneten, die so im öffentlichen Rampenlicht stehen, daß man in den Landesverbänden weit über die Vorstände hinaus von ihnen sagen kann: der taugt nichts, der taugt mehr, der taugt ein [wenig] mehr usw. Es gibt aber auch eine große Gruppe von Abgeordneten, die bei weitem nicht so im öffentlichen Licht der Kritik stehen. Und da ist es nicht mehr als recht und billig, hier gewisse Rückfragen zu halten, wenn der Kandidat zweifelhaft ist. Ich bin der

Meinung, daß es sich nicht um eine generelle Benotung handeln kann, sondern nur um einige kritische Fälle; aber diese müßten möglichst genau und gerecht angegangen werden. Es liegt im Interesse der Gesamtpartei und der Gesamtfraktion, daß Nieten, die es bei uns gibt, ausgemerzt werden. Das muß geschehen. Das sind wir der Sache und unseren Wählern schuldig.

Noch ein anderes! Ich beobachte jetzt drüben im Bundestag bei Gesprächen und Nachrichten innerhalb der CDU-Kollegen, daß dort gesagt wird: Für den nächsten Bundestag sollte ich eigentlich kandidieren, aber ich will meinen Adlatus in diese Position bringen; der ist viel besser geeignet für dieses nicht immer angenehme Geschäft eines Bundestagsabgeordneten. Im übrigen befinde ich mich in einer Position, in der ich es mir leisten kann, mich im Bundestag vertreten zu lassen, und zwar durch nicht weisungsgebundene Anhängsel, aber doch durch Leute, auf die ich einen Einfluß habe. Ich beobachte das bei Leuten, die eine gewisse Position in der Wirtschaft und auch eine Stimme in der Fraktion haben.

Das sollten wir einmal ins Auge fassen und dieser Abwertung des Mandats entgegenzutreten. Man sollte sich nicht bereit finden, solche Ersatzleute für die Landesliste in Erwägung zu ziehen, sondern man sollte hier eine denkbar hohe Qualität zu halten versuchen. Es ist nicht leicht, besonders qualifizierte und in der Öffentlichkeit bekannte neue Leute zu gewinnen. Wir haben die Erfahrung mit dem Herrn Mehnert<sup>39</sup> gemacht. Herr Klaus Mehnert hat sich die Sache lange überlegt und dann gesagt, ich tue es nicht, und zwar aus Gründen, die aller Ehren wert sind. Solche Fälle gibt es auch. Wir müssen aber sehen, daß wir eine denkbar gut qualifizierte Mannschaft zusammenstellen; denn wir brauchen Köpfe und keine Zahlen.

*Oberländer:* Die 11,5 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge stellen z.Z. 11 % der Abgeordneten. Ich bin mir klar darüber, daß man die Dinge nicht proportional einteilen kann; ich bin überhaupt dagegen, daß man sich zu sehr von Gruppen treiben oder leiten läßt. Ich glaube nicht, daß die Vorsitzenden von Verbänden allzuviel Stimmen bringen werden. (*Adenauer:* Meinen Sie den Herrn Kather?) Nicht nur Herrn Kather, sondern ganz allgemein. Ich darf ein Beispiel bringen zu der Wahl in Baden-Württemberg. Wir haben dort unter 57 Abgeordneten nur einen Vertriebenen.<sup>40</sup> Der BHE geht ins Land und sagt: Da seht ihr es, von 57 Abgeordneten nur einen Vertriebenen. Wenn wir nicht da wären, dann wären die Vertriebenen überhaupt nicht vertreten. (*Dichtel:* Zwei!) Mir ist es so gesagt worden. Aber selbst wenn es zwei wären, möchte ich darauf hinweisen, daß wir 22 % Vertriebene und Flüchtlinge haben, von denen ein großer Teil eingegliedert ist. Da sie aber überall in der Minderheit sind, werden sie in keinem Kreis als direkte Kandidaten aufgestellt. Hier ist die Landesliste ein ausgezeichnetes Mittel, und wir sollten hier etwas tun. Wir wissen, welche Propaganda die SPD für

---

39 Dr. Klaus Mehnert (1906–1984), Journalist, Schriftsteller und Politologe (1961–1972 o. Professor an der TH Aachen). – Begründung für die Ablehnung seiner Kandidatur im Schreiben vom 28. Januar 1957 an Gerstenmaier (ACDP VII-002-AO 280).

40 Vgl. Nr. 15 Anm. 84.

die Sowjetzonenflüchtlinge in Berlin macht. Sie sind noch keine acht Stunden im Lager, dann haben sie schon das Wahlmaterial in der Hand. Ich kann es leider nicht unterbinden; um so wichtiger ist es, diese Menschen anzusprechen.

Dieses Problem ist also sehr wichtig und kann wahrscheinlich nur über die Landesliste ausgeglichen werden. Wenn man sagt, einer pro Landesverband, dann würden wir von den 30, die wir jetzt haben, auf 10 absinken. Aber damit macht man die anderen größer. Die SPD war in dieser Hinsicht weitaus glücklicher als wir. Ich sage mit allem Ernst, wenn wir aus dieser großen Gruppe den entsprechenden Anteil für uns bekommen wollen, müssen wir dieser Frage unser ganz besonderes Augenmerk widmen.

*Von Hassel:* Ich kann nur unterstreichen, was Herr Minister Oberländer gesagt hat. Für das in Aussicht genommene Gespräch im engen Kreis müssen sich die Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden auf dieses Thema vorbereiten. Wenn wir daran vorbeigehen, nützen wir ein wesentliches Stimmenreservoir nicht aus. Ich bitte Sie also, besonders auf diese Angelegenheit bei der Einladung hinzuweisen.

*Adenauer:* Ich möchte noch hervorheben, daß die Landesvorsitzenden – sehr persönlich und vertraulich – uns ein Bild darüber geben, wie voraussichtlich bei ihnen die ganze Geschichte aussehen wird. Nur wenn wir eine Übersicht haben – dies bedeutet nicht eine genaue und verbindliche Darlegung, sondern eine gewisse Übersicht über den gegenwärtigen Stand –, können wir den Landesverbänden mündlich oder schriftlich mitteilen: Seht zu, ob ihr nicht nach dieser oder jener Richtung eine Korrektur vornehmen könnt.

*Eplée:* Es wurde vorgeschlagen, ein kleines Gremium für die Kandidatenaufstellung zu bilden. Darf ich, Herr Bundeskanzler, an unser neues Statut erinnern, wo es im § 7 heißt, daß der Bundesvorstand die Aufgabe hat, eine Wahlkommission zu bilden, die in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt. Damit wir nicht ein doppeltes Gremium schaffen, wollte ich das in Ihr Gedächtnis zurückerufen.

*Adenauer:* Ich würde bitten, meinen Vorschlag so aufzufassen: Ehe wir eine Wahlkommission wählen, wollen wir im Vorfeld die ganze Sache in einem vertraulichen Gespräch mit den Landesvorsitzenden klären. Dann können die Landesvorsitzenden mit ihren Leuten sprechen, wie voraussichtlich die Liste sein wird. Und dann sollten wir die Wahlkommission wählen und sie fungieren lassen. Würden Sie damit einverstanden sein?

Ich darf feststellen, daß Sie mit dem Procedere, wie ich es skizziert habe, einverstanden sind. Wir werden eine vorläufige Untersuchung anstellen und dann die Landesvorsitzenden bitten, uns eine gewisse Übersicht zu geben, wie sich anscheinend bei ihnen die Lage entwickeln wird; denn sonst können wir keine Vergleiche anstellen. (*Fricke:* Ich würde vorschlagen, einen Termin zu setzen.) Was schlagen Sie vor? (*Fricke:* 20. Februar!)

*Lesing:* Herr Bundeskanzler! Das ist einfach für die direkten Wahlkreise, aber nicht für die Landesliste. Wir müßten uns in Nordrhein-Westfalen mit den beiden

Landesparteien zunächst zusammensetzen. Bezüglich der Landesliste werden wir Schwierigkeiten bekommen.

*Adenauer:* So meine ich es nicht. Wenn schon von den Parteien irgendwelche, wenn auch nicht hundertprozentig verbindliche Vorschläge eingereicht werden, kann man kaum mehr davon zurück. Ich meine, hier sollte sich jeder Landesvorsitzende überlegen, wie nach seiner Meinung – nicht wie er es wünscht, sondern wie er die Dinge sieht – sich die Sache gestalten wird.

*Dichtel:* In der Praxis ist festzustellen, daß in den direkten Wahlkreisen die Kandidaten schon mehr oder weniger feststehen. Die Organisation hat in den meisten Fällen schon ausgezeichnet gearbeitet, und wir können ein Bild darüber, wie es bei den Direkt-Wahlkreisen aussehen wird, wahrscheinlich sehr schnell geben. Dagegen wird das bei den Landeslisten sehr schwer sein. Das ist in den nächsten Wochen nicht möglich, weil hierbei die Verbände mitwirken und es zu größeren Familienraufereien kommen wird.

*Adenauer:* Wir haben uns etwas mißverstanden. Ich gebe Ihnen ohne weiteres recht, wenn Sie ein einigermaßen zutreffendes Bild der Landesliste geben wollen, dann muß zuerst eine Rauferei stattgefunden haben, aber was hindert das, jetzt schon zu sagen, daß Sie in Südbaden, oder wo es sein mag, die und die Gruppe auf der Landesliste haben wollen.

Nehmen Sie z.B. an, wir bekämen von den Landesvorsitzenden die übereinstimmende Mitteilung, daß auf allen Landeslisten zwei oder drei Handwerker vertreten sein sollen. Dann könnten wir mit der Zentralorganisation des Handwerks sprechen und ihr sagen, das geht nicht, bitte beschränkt euch, oder, worauf wollt ihr euch beschränken? Dann könnte man sich darüber einigen, daß die Handwerker in diesem oder jenem Land auf die Landesliste kämen, aber nicht in allen Ländern. In der Weise hatte ich das gedacht, so daß also die Übersicht sehr schnell gegeben werden könnte.

*Fricke:* Ich wollte das gleiche sagen. Niedersachsen hat noch drei Landesverbände der CDU, und hier mitzuwirken an der Aufstellung der Reserveliste, heißt schon immer, die Quadratur des Kreises zu lösen. Wenn ich mir das rückschauend überlege, dann ist diese Liste plus-minus-null zu 90 % so ausgefallen, wie wir sie uns im Vorstand monatelang vorher gedacht hatten. Deshalb meine ich, jenseits der schon weithin sichtbaren Direktkandidaturen kann jeder Landesvorsitzende die wahrscheinlich zutreffende oder ihm vorschwebende Landesliste bekanntgeben. Das ist eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage für das vorgesehene Gespräch.

*Adenauer:* Können wir damit rechnen, daß wir bis zum 21. Februar im Besitz dieser Äußerungen sein werden? Wir könnten dann zusammenkommen am 23. Februar zu einer ersten Nachprüfung. Wir würden dann die Landesvorsitzenden telegrafisch benachrichtigen. (*Eplée:* Der 23. ist ein Samstag!) Dann sagen wir bis zum 20. Februar, und am 21. kommen wir hier zusammen. Sind Sie damit einverstanden? Ich darf das feststellen.

Nun eine allgemeine Bemerkung! Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß man bei der Wahlpropaganda – sei es schriftlich, sei es durch Reden – auf

die einfachen Grundbegriffe zurückkommen muß, damit das Gros der Bevölkerung das überhaupt versteht und aufnimmt. Wir sollten uns davor hüten, in unseren propagandistischen Schriften oder im Gespräch zu perfektionistisch zu sein. Daß natürlich einzelne Broschüren zur Unterrichtung der fortgebildeten Politiker perfektionistischer sein müssen, ist ganz klar, aber wie sehr ich mich zu dieser meiner Ansicht berechtigt fühle – und deswegen erlaube ich mir, das heute hier vorzutragen –, beweist eine Umfrage von Allensbach, deren Ergebnis ich vorgestern bekommen habe.<sup>41</sup>

Das Institut Allensbach hat in seiner bekannten Weise gefragt: Wer weiß, was die NATO ist, und welchen Zweck hat die NATO? Erschrecken Sie nicht, wenn ich Ihnen sage, daß nur 18 % der Befragten wußten, welchen Zweck die NATO hat. Dabei kommt das Wort NATO in der politischen Diskussion und in den Zeitungen öfter vor als irgendein anderes Wort, und doch haben nur 18 % der Befragten eine zutreffende Angabe darüber gemacht, welchen Zweck die NATO hat. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß sich das Gros der Wähler für andere Dinge mehr interessiert als für subtile politische Fragen. Daher können wir bei der Wahlpropaganda – ich will niemandem zu nahe treten, bitte nehmen Sie es cum grano salis – nicht primitiv genug sprechen, um verstanden zu werden.

*Zimmer:* Als ich hörte, was unsere Bundesgeschäftsstelle alles in Vorbereitung hat, habe ich aufgrund der Erfahrungen der letzten Bundestagswahl einen leisen Schreck bekommen, weil damals Tausende und aber Tausende dieser mit viel Sachkenntnis und Fleiß zusammengetragenen Schriften und Broschüren unbenutzt liegengelassen sind. Es ist in der Tat so, ankommen tun nur die ganz einfachen und wenigen Grundtatsachen. Ich darf wirklich das unterstreichen, was der Herr Bundeskanzler dazu gesagt hat, und möchte die Bundesgeschäftsstelle bitten, einmal zu überprüfen, in welcher Auflagenziffer sie diese speziellen Darstellungen herausbringt.

Ein zweites Prinzip ist die Darstellung unserer Politik als einer absolut einheitlichen und geschlossenen Politik. Die Außenpolitik hat die Wirtschaftspolitik getragen, und der Wirtschaftspolitiker wird nicht sprechen können, ohne die erfolgreiche Außenpolitik in einen gebührenden Zusammenhang zu bringen. Wir müssen die absolute Unteilbarkeit der CDU-Politik herausstellen.

Die FDP baut in ihrer bisherigen neutralen Stellung darauf, bei einer Koalition mit der SPD sagen zu können: Ich kann eine freie Wirtschaftspolitik betreiben, wenn ich der SPD dafür in anderer Weise entgegenkomme. Deshalb muß unsere Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik als integrierender Bestandteil der gesamten CDU-Politik zum Ausdruck kommen. Alles das bedingt sich gegenseitig. Man kann nicht einen Teil herauslassen und dann eine sozialistisch orientierte Außenpolitik betreiben, wie das die FDP meint. Die Unteilbarkeit dieser sich gegenseitig bedingenden Politik ist ein wichtiger Grundsatz. Es bleibt dabei natürlich überlassen, die Akzente zu verlagern. Das Prinzip der Beharrlichkeit und der Konsequenz der Politik des Bundeskanzlers und seines Kabinetts muß in der Wahlpropaganda zum Ausdruck kommen.

---

41 „Ansichten über die NATO“ vom 22. Januar 1957 in NL Lenz ACDP I-172-040.

Ich höre jetzt draußen, daß die Masse der kleinen Leute durch die Rentenreform in Bewegung geraten ist. Ich weiß nicht, wieweit die Bundesgeschäftsstelle hier tätig geworden ist. Deshalb stelle ich die Frage: Haben wir nach der Verabschiedung der Rentenreform sofort die Offensivkraft entfaltet, um hier auch die Ernte in unsere Scheuern zu bringen? Jetzt werden nämlich die Wahlen gemacht. Ich muß sagen, keine Wahlversammlung in den letzten Jahren war so besucht wie die, die der Herr Kratz<sup>42</sup> von der Bundesgeschäftsstelle abgehalten hat. Wenn er gleich die Rente der Leute ausrechnet, dann macht das einen sehr starken Eindruck.

Demgegenüber versucht die SPD, ihrerseits Kapital daraus zu schlagen. Der Bundestagsabgeordnete Ludwig<sup>43</sup> tritt in Pirmasens auf und sagt, wir haben ja von jeher darauf gedrungen. Wir wissen, was wir darauf zu erwidern haben. Man kann eine Rentenreform nur machen, wenn die finanziellen Voraussetzungen geschaffen sind, und diese finanziellen Voraussetzungen mußten erst durch die CDU-Politik erarbeitet werden.

Ich bezweifle, ob wir schlagartig aus der Rentenreform für unsere Partei das herausgeholt haben, was herauszuholen war. Ich habe es etwas vermißt.

Ich bin erschrocken darüber, daß nur 9.000 neue Mitglieder gewonnen worden sind; denn in diesem Falle war die Autorität des Bundeskanzlers eingeschaltet worden. Ich weiß nicht, ob wir auf dieses Ergebnis stolz sein können. Ich habe in diesem Kreise vor mehreren Jahren schon eine systematische Werbeaktion gefordert. Sie ist damals abgelehnt worden. Ich bedaure das. Ich erinnere daran, weil es manchmal vorgekommen ist, daß man nicht beizeiten gehandelt hat. Diese 9.000 neuen Mitglieder sind kein Abschluß für uns. Wir müssen die Werbeaktion unentwegt mit Nachdruck fortsetzen. Das bisherige Ergebnis darf uns unter keinen Umständen befriedigen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man auch jetzt noch mit gutem Erfolg vorstoßen kann. Die verschiedenen Aktionen der Bundesgeschäftsstelle sind gut und kommen auch gut an, die Filmvorführungen usw., aber unter allen Umständen muß versucht werden, die Mitgliederwerbeaktion fortzusetzen.

*Heck:* Die Rentenreform ist unmittelbar nach ihrer Verabschiedung im UiD behandelt worden.<sup>44</sup> Diese Schrift geht sämtlichen Rednern zu. Hierin wird ein ausführlicher Rednerdienst ausgearbeitet, der genau das zum Inhalt hat, was Herr Dr. Kratz bei Ihnen vorgetragen hat.

Zur Frage der Mitgliederwerbeaktion darf ich sagen, wir hatten den Mitgliedern Bogen mit 20 Aufnahmescheinen mitgegeben. Es zeigte sich, daß die einzelnen Mitglieder, die Werber, die Bogen erst zurückschickten, wenn sie mehrere Leute

---

42 Dr. Theodor Kratz (geb. 1920), Referent für Sozialpolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1963–1969 Kreisverbands-Vorsitzender der CDU Aalen.

43 Adolf Ludwig (1892–1962), 1946–1949 MdL Rheinland-Pfalz (SPD), seit 1946 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, 1949–1961 und 1962 MdB.

44 Im Bundestag angenommen am 11. Januar 1956 – vgl. Nr. 2, 3, 4 von UiD vom 10., 17. und 24. Januar 1957.

geworben hatten. Dadurch kommt es, daß wir jetzt bei der Zentrale täglich 40 bis 50 neue Anmeldungen bekommen. Daher kann man von dieser Aktion in keiner Weise sagen, daß sie abgeschlossen ist.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß bei der Zentrale allein 9.000 Anmeldungen erfolgt sind, andererseits aber bei den Landesverbänden die gesamten neugeworbenen Mitglieder direkt an die Kreise gegangen sind. Darüber haben wir noch keine Übersicht. Wir sollten also nicht so schnell über diese Aktion ein Urteil bilden. Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß an der Mitgliederwerbung Vorstandsmitglieder, Parteiausschußmitglieder, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und sonstige Mandatsträger der kommunalen Parlamente nicht beteiligt sind.

*Adenauer:* Was heißt das? (*Heck:* Sie haben keinen geworben!) Ich würde das deutlicher sagen. Die ganze Aktion hat bisher – ich muß Herrn Zimmer recht geben – kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Herr Heck hat uns neulich in einem anderen Kreis vorgetragen, daß er an 3.000 Neudeutsche<sup>45</sup>, die er von früher her gekannt hat, noch einmal geschrieben hat. Wenn ich die Zahl richtig behalten habe, haben nur 30 bis 40 ihm daraufhin eine Anmeldung zurückgeschickt. Wenn das also schon am grünen Holze geschieht – was wird am dürren geschehen? Wir müssen uns darüber klar sein, daß unsere Kreise zu bange sind, sich irgendwie parteipolitisch zu binden. Das muß noch überwunden werden.

Was die Frage der Ausnutzung der Rentengesetze angeht, darf ich darauf aufmerksam machen, daß jetzt noch weitere Gesetze verabschiedet werden. Dann muß in noch verstärkter Weise eingesetzt werden. Ich kenne nicht die Drucksachen, die Sie gemacht haben; Herr Storch hat auch eine gemacht. Man müßte auch in den Versammlungen stärker als bisher darauf hinweisen, daß auch die sechs Millionen nicht mehr in Arbeit befindlichen Rentner davon betroffen werden. Natürlich muß das Gesetz im Ganzen als eine Sicherstellung der Arbeitnehmer insgesamt und nicht so sehr unter einem fast karitativen Gesichtspunkt betrachtet werden. Um so größer steht das Werk da, und wir haben ein Recht darauf, stolz zu sein auf dieses Werk.

*Lübke:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von Herrn Heck und Herrn Meyers abgegebenen Erklärungen bezüglich des Wahlmaterials begrüße ich, insbesondere wegen der Filmkopien. Ich habe im Wahlkampf des Jahres 1953 erfahren, wie ungeheuer wichtig die Bedeutung der Filme ist. In den Versammlungen waren sehr wenig Menschen, aber die Filmvorführungen brachten immer volle Häuser. Wenn man die Besucherzahlen zwischen Versammlung und Filmvorführung vergleicht, dann kommt man auf 1 : 10. Wir waren 1953 ausgezeichnet versorgt mit Wahlmaterial. Jeder konnte das von ihm benötigte Material zur Aufklärung der Öffentlichkeit bekommen. Ich würde mich freuen, wenn das auch dieses Mal wieder der Fall wäre.

---

<sup>45</sup> Gemeint ist der aus der katholischen Jugendbewegung entstammende „Bund Neudeutschland“ (gegründet 1919), hier Hochschulring und Männerring.

Es ist leider so, daß wir Kreisgeschäftsführer haben, die verhältnismäßig wenig Einfluß haben und die auch nicht reden können. Ich selber habe zwei Kreisgeschäftsführer, die zwar fleißig und ordentlich sind, aber sie können nicht reden. Auf diesem Gebiet müssen wir auch für mehr Bewegungsmöglichkeit sorgen. Die Schwierigkeiten liegen hier darin, daß tüchtige Leute für die Gehälter, die die Leute bekommen, einfach nicht zu haben sind.

Nun zu der Frage: Wie wird sich die Ernährungspolitik und wie werden sich die Preise in diesem Jahre gestalten?<sup>46</sup> Sie werden zugeben, daß – abgesehen von der saisonal, insbesondere durch den starken Frost bedingten Preiserhöhung im vorigen Jahr bei Obst und Gemüse, Butter, Eiern und Kartoffeln – die Preise in den letzten Jahren stabil geblieben sind. Z.Z. sind wir wegen des Brotes in einer großen Sorge. Die Mehlpreise sind vor eineinhalb Jahren gesunken, aber die Kohlenpreise und die Lohnerhöhungen stehen dem gegenüber. Man kann den Bäckereien und den Fabriken nicht zumuten, das auf sich zu nehmen; denn die gesunkenen Mehlpreise gleichen das nicht aus. Die Brotgetreidepreise sind von 1951 bis heute stabil geblieben. Der einzige Grund, worauf die nunmehr gestiegenen Preise zurückzuführen sind, sind die Kohlen und die Löhne. Bei Verhandlungen mit den Bäckern habe ich festgestellt, daß sich die Brotpreiserhöhungen parallel der Lohnbewegung verhalten. Im Moment stellt die bevorstehende Lohnerhöhung im Backgewerbe einen entscheidenden Punkt dar. Bei den Fleischpreisen sind wir in einer sinkenden Kurve; sie wird sich im Sommer und Herbst saisonal erhöhen, aber das sind keine Erhöhungen, die die Hausfrauen stören. Genauso ist es mit Butter. Bei Kartoffeln und Obst und Gemüse haben wir saisonal bedingte Preise; sie gehen je nach der Ernte oder nach der Witterung hin und her. Hierbei verweise ich auf die saisonal bedingten Preissteigerungen im Vorjahr. Wir haben das beeinflusst durch die Öffnung der Grenzen, aber da wir kein deutsches, sondern europäisches Wetter haben, können wir hier nur wenig machen.

Wir hatten gestern auch „Besuch“ von Winzern, und zwar von einem Verband, der um Mainz herum beheimatet ist und als Vorsitzenden den Herrn Weintz<sup>47</sup> hat, der schon aus der Nazizeit und den Nürnberger Parteitag als radikal bekannt ist. Diese Leute stehen unter einer sehr radikalen Führung, und es wäre schon der Mühe wert, diesen Verband an Ort und Stelle wirksam zu bekämpfen. Einer unserer Kollegen im Bundestag hatte in einem größeren Ort – nachdem durch die Presse bekannt war, daß ich die Leute nicht empfangen würde – gesprochen, wo sich 33 Winzer zur Fahrt nach Bonn angemeldet hatten. Teilgenommen haben dann nur drei. Man sieht daran, welche Möglichkeiten hier bestehen. Gestern ist ein Teil, vielleicht die Hälfte dieser Besucher, bei uns im Ministerium angekommen. Als es anfang zu nieseln und Weintz

---

46 Wirtschaftsdaten zur Preisdiskussion in „Der Agrarbrief“ 12 vom 12. Oktober 1956 S. 3–5.

47 Jean Weintz (geb. 1902), 1953–1958 Vorsitzender des Rhein Hessischen Weinbauverbands, Mitglied der DRP. – Die Winzer wollten auf ihre schwierige Lage aufgrund der starken Frostschäden des vergangenen Winters aufmerksam machen.

seine Schlußrede hielt, die darauf hinzielte, daß das Ergebnis sehr mager gewesen sei, waren vielleicht noch 200 Mann da.<sup>48</sup>

Die Lage ist schwierig. Von 60.000 Hektar Anbaufläche sind insgesamt 7.000 Hektar völlig erfroren. (*Adenauer*: Sollen wir heute darüber sprechen?) Ich wollte nur sagen, daß die Frage von Bedeutung ist. Aber sie kommt in Ordnung. Wir stehen mit dem Deutschen Weinbauverband und dem Weinhandelsverband ständig in Verhandlungen. (*Adenauer*: Rheinland-Pfalz macht einen ganz zufriedenen Eindruck!)

Ein weiterer wichtiger Punkt neben dem Grünen Plan ist die Altersversicherung der Bauern.<sup>49</sup> Soweit man übersehen kann, ist bei der Masse der kleinen Bauern dies ein entscheidender Punkt. Wir werden dafür sorgen, daß neben der Altersversicherung auch gleichzeitig die Rente fließt. Das wird ein viertel Jahr vor der Wahl sein, so daß man auch von dieser Seite aus eine Besserung erreichen kann.

*Dichtel*: Herr Bundeskanzler, Sie haben festgestellt, daß Herr Heck als Generalstabsoffizier gemeldet hätte, die CDU sei fleißig bei der Arbeit. (*Adenauer*: Habe ich nicht gesagt, sondern: sie sei aufgewacht!) Dann habe ich mich getäuscht. Ich habe den Eindruck, daß z.Z. sehr gut in der CDU gearbeitet wird. Auch die Stimmung hat sich erheblich gebessert. Aus den ausgezeichneten Rednerschriften – zeitweise gibt es auch in Bonn etwas Gutes – habe ich erfahren, daß 14 Millionen Menschen bei der Sozialversicherung von einer Rente erfaßt werden.

Auch wir haben nach der Verabschiedung der Rentenreform große und gut besuchte Versammlungen erlebt. Bundestagsabgeordneter Stingl<sup>50</sup> hat beinahe einen Triumph erlebt. Diese Versammlungen für die Rentner sollten wir in allen Ländern durchführen. Die SPD hat nicht in einem einzigen Falle geantwortet.

Herr Heck hat von den vielen Maßnahmen gesprochen, die die Bundesgeschäftsstelle durchführen will. Das gute Material hat aber keinen Sinn mehr, wenn es erst in der Schlußphase des Wahlkampfes zur Geltung kommt. Ich möchte Sie daher bitten, nicht alles auf die letzten Tage vor der Wahl zu konzentrieren, sondern möglichst frühzeitig zu beginnen. Die öffentliche Meinung wird in den nächsten Wochen für die Wahl gebildet. Deshalb sollten wir sobald wie möglich mit unserer Arbeit loslegen.

*Bach*: Wir sollten alle dafür sorgen, daß die Zeitschrift „Union in Deutschland“ weiter ausgebaut wird; denn das ist sehr wertvoll, damit die Leute in den Betrieben Rede und Antwort stehen können. Ich bin der Meinung, daß wir keine Flugblätter von der Zentrale herausgeben sollen, sondern nur die Entwürfe. Die Flugblätter sollten dann auf die einzelnen Wahlkreise abgestellt werden.

---

48 Vgl. FAZ und „Die Welt“ vom 7. Februar 1957. Nach dem Bericht der „Welt“ gab es 1.800 Demonstranten.

49 Gesetz über die Altersversicherung der Landwirte vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 1063; Wirkung: Zusatzversorgung für selbständige Landwirte durch Geldleistungen aus landwirtschaftlichen Alterskassen.

50 Josef Stingl (geb. 1919), 1953–1968 MdB (CDU), 1963–1968 Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Fraktion), 1965–1973 Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

Es ist auch sehr wertvoll, mit einem Schreiben die Wähler persönlich anzusprechen. Die Vorbereitungen dazu müssen schon gleich anlaufen. Wir haben bei uns beschlossen, Mädchen einzustellen, die nur Adressen schreiben, damit alle Leute persönlich angesprochen werden. Durch die Presse geht die Nachricht über den Wahlfonds.<sup>51</sup> Er ist viel niedriger, als dort gesagt wird. Ich darf eines feststellen: Jede Wahl ist so viel wert, wie man für sie opfert.

Wir sollten vom März an eine Sammelaktion für die CDU auf breitester Basis durchführen und Schecks in Höhe von DM 2,-, 5,-, 10,-, 20,- usw. mit dem Bild und der Unterschrift des Bundeskanzlers verkaufen. (*Meyers*: Der Antrag ist schon gestellt!) Wir müssen aber mit dieser Sammlung möglichst früh beginnen. Die Quittungen sollten von Ihnen unterschrieben werden. Von dieser Aktion verspreche ich mir eine ganze Menge Geld.

*Adenauer*: Aber Herr Bach, die brauche ich doch nicht alle zu unterschreiben! (*Bach*: Nein!)

*Stoltenberg*: Bei den Gesetzen, die vordringlich behandelt werden sollen, wurde das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht erwähnt<sup>52</sup>; deshalb möchte ich, ohne Kritik zu üben, darauf hinweisen, daß ich mit meinen Freunden in der Jungen Union die Frage des Jugendarbeitsschutzgesetzes, auch in seiner politischen Bedeutung, außerordentlich hoch einschätze. Auch in einem Gespräch mit den leitenden Leuten der großen Jugendverbände hat sich die gleiche Auffassung herausgebildet.

Ich bin davon überzeugt, daß gerade nach der Analyse der Kommunalwahlergebnisse in den Industriebezirken an Rhein und Ruhr die Wahlentscheidung vieler junger Wähler von dieser Frage sehr stark beeinflußt wird. Ich glaube auch, daß die Sozialdemokratie diese Frage in den Vordergrund stellen wird. Ich verkenne nicht die großen sachlichen Schwierigkeiten, die es hierbei gibt, aber ich bin der Auffassung, daß es möglich sein müßte, auch hier die verschiedenen Kräfte in der Union auf eine Lösung abzustimmen, die sicher differenziert sein müßte, die aber politisch tragbar wäre. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Frage im engeren Vorstand noch einmal überlegten.

*Eplée*: Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt, wir brauchen andere Parteien. Dem stimme ich zu, aber ergänzend darf ich Sie, Herr Bundeskanzler, im Namen der Vertriebenen und Flüchtlinge, die in unseren Reihen stehen, warnen vor irgendwelchen Wahlbesprechungen mit dem BHE. Er ist ein ganz unsicherer Kantonist. Sie haben gesagt, die Verpflichtungen, die er eingeht, muß er halten. Wenn Sie erwarten, daß der BHE seine Verpflichtungen hält ... (*Adenauer*: Dann haben Sie mich falsch verstanden! Darf ich das klarstellen. Der Sinn meiner Ausführungen war der, daß man nichts tun soll, um den BHE dazu zu bringen, nach der anderen Seite Verpflichtungen einzugehen.) Ich danke für die Klarstellung. Sie wissen, welche widerstrebende Geister im BHE vereinigt sind. Ein Großteil der Vertriebenen und Flüchtlinge, die 1953 uns

---

51 Nicht ermittelt.

52 Vgl. Anm. 25.

gewählt haben, sind inzwischen zur SPD abgewandert. Ich bin Herrn Heck dafür dankbar, daß er eine alte Anregung, die von unserer Seite gekommen ist, so weit vorangetrieben hat, daß die Lager mit einer Zeitung beliefert werden. Die SPD ist dort auch sehr rührig.

Ich glaube, daß wir als die größte Partei – lassen Sie mich diesen „ketzerischen“ Ausspruch tun – am ehesten in der Lage wären, unter den ersten fünf Namen auch einen Vertriebenen oder Flüchtling zu präsentieren. Damit würden wir der SPD sehr viel Wasser abgraben. Herr Oberländer hat erwähnt, daß fast ein Viertel der Bevölkerung Vertriebene und Flüchtlinge sind. Wir sind über 23 %. Es ist so, daß sich der Vertriebene und Flüchtling am liebsten von seinen Landsleuten ansprechen läßt. Das muß bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden.

Ich möchte Sie bitten, die Arbeit der Verbände nicht zu überschätzen. Die Entwicklung der Verbände ist sehr fragwürdig; wie das Ergebnis aussehen und wer Vorsitzender dieser neuen Verbände wird, das steht in den Sternen.

Sehr erhebend ist es auch nicht, wenn die uns nahestehende Zeitung „Politische Meinung“ schreibt – und zwar in zwei großen Serienartikeln<sup>53</sup> –, was alles geleistet worden ist und sich dabei durch den Tenor und die Ausführungen wie ein roter Faden hindurchzieht: Das alles haben die Verbände gemacht. Kein Satz, daß die CDU seit zehn Jahren alles für die Vertriebenen durchbekommen und daß sie die Verantwortung getragen hat. Es gibt auch führende Leute in unserer Mitte, die sagen – ich will gerne mit Zitaten dienen –, der alleinige politische Repräsentant der Vertriebenen sind die Verbände. Und wenn die Verbände verlangen, daß alle politischen Schritte der Bundesregierung nur im Einvernehmen mit ihnen erfolgen sollen, daß die Außenpolitik eine Domäne der Vertriebenen ist, dann ist das ein gefährlicher Weg, vor dem ich nicht genug warnen kann.

*Adenauer:* Darf ich folgendes dazwischenschieben! Ich habe gestern das Kabinett mit der Frage beschäftigt, ob es nicht möglich sei, für den Wahlkampf eine gemeinsame Sprachregelung bezüglich der Ostfragen für alle Koalitionsparteien zu finden. Wir haben einen kleinen Ausschuß eingesetzt, der diese Frage vorbereiten soll, und zwar die Herren von Brentano, Lemmer, Oberländer, Seebohm und Blücher. Wenn wir glauben, eine solche Lösung gefunden zu haben, werden wir sie den Koalitionsfraktionen vorlegen. Der Leitgedanke dabei ist der, daß 1. Exzesse vermieden werden und 2. Eindruck gemacht wird.

*Lindrath:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Im Wahlkampf werden wir vor die Frage gestellt werden, welchen Erfolg unsere Finanz- und Steuerpolitik gehabt hat. Die Kritik wird nicht immer angenehm sein. Das zeigt sich jetzt schon

---

53 Vermutlich gemeint Eva Gräfin FINCKENSTEIN: Um die Oder-Neiße-Linie (Tatsachen, Entwicklungen und Wirkungen). In: „Die Politische Meinung“ 1956 Heft 4 S. 35–48, wo die Effektivität der Vertriebenenverbände betont wird. Ein zweiter Artikel ist nicht nachzuweisen, ebensowenig andere Artikel zum Problem des politischen Einflusses der Verbände.

deutlich, weil die Grundforderung nach einer wirtschaftlich sinnvollen Steuerreform nicht erfüllt worden ist.

Die Kritik geht heute weit darüber hinaus. Ich habe eine Streitkorrespondenz mit dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler<sup>54</sup>, in der gesagt wird, wir sollten aufhören mit dem Gerede von Steuersenkungen; denn es seien keine vorhanden. So weit kann man natürlich nicht gehen, aber hinsichtlich der sinnvollen Reform wird man sagen können, daß wir nicht das erreicht haben, was wir wollen. Es wäre daher zweckmäßig, wenn wir auf diesem Gebiet etwas unternähmen, um es im Wahlkampf propagandistisch ausnutzen zu können.

Wir sollten ein politisches Gremium schaffen, dessen Aufgabe es sein müßte, eine Gesamtkonzeption der Steuerreform, wie wir sie uns vorgestellt haben, vorzunehmen. Als wir das Hamburger Programm machten, habe ich vorgeschlagen, einen kleinen Kreis von Politikern, Beamten und Leuten aus der Wirtschaft zu beauftragen, diese Arbeit voranzutreiben. Wir beobachten immer wieder, daß Anträge ins Plenum kommen, die angenommen werden, die aber die Möglichkeit, nachher etwas Sinnvolles zu machen, zum größten Teil verbauen. Vielleicht können wir das auf diese Weise verhindern.

Eine Sonderaufgabe ist die Überführung des Saarsteuerrechts in das deutsche Recht; zum Teil handelt es sich dabei um Saarrechte, zum Teil um französische Rechte. Das Saarrecht soll spätestens in drei Jahren in das deutsche Steuerrecht überführt werden.

Wenn wir uns zu einer solchen Institution entschlossen, könnten wir sie auf dem Bundesparteitag herausstellen und damit manches wettmachen, was wir bisher nicht haben tun können. Hinsichtlich der Wahlschecks möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Spendenquittung an den Scheck angeheftet werden muß.

*Erhard:* Es ist seit mehreren Jahren meine Meinung, daß im kommenden Wahlkampf die Preisentwicklung eine entscheidende Rolle spielen wird.<sup>55</sup> Ich habe mich ehrlich bemüht – mit welchen Erfolgen, bleibe dahingestellt –, die Preise so stabil wie möglich zu halten, mindestens aber sie in ein gesundes Verhältnis zu der Erhöhung der Nominal Einkommen zu bringen. Ich würde nicht empfehlen, beim Wahlkampf den Leuten einzusuggerieren, die Preise seien in Deutschland nicht gestiegen, und dabei vielleicht noch mit dem Hinweis auf den Lebenshaltungsindex gar einen Beweis antreten zu wollen. Damit bringt man die Leute nur in Rage, und man wird zur Antwort bekommen – mir ist es passiert –, wir kaufen Nahrungsmittel und Konsumgüter usw., aber keinen Index. Also, das ist der falsche Weg. Dagegen kann man etwas anderes tun, nämlich die Taktik – es ist mehr als Taktik, moralisch gesehen – der Gewerkschaften, die ja unter dem freudigen Beifall und wahrscheinlich auch aufgrund der Initiative der SPD erfolgt, herausstellen, daß es die ganz bewußte Absicht

---

54 Fritz Butschkau.

55 Vgl. dazu Gerhard SCHMIDTCHEN: Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik. 2. Aufl. Freiburg 1961 S. 160ff.

der Opposition ist, durch Übersteigerung der Forderungen, sei es in bezug auf die Löhne oder auf die Verkürzung der Arbeitszeit, zwangsläufig Preissteigerungen in Deutschland auszulösen, um dann wieder das Rad dahin zu drehen, daß über die unrechte Verteilung des Sozialprodukts und das Volkseinkommen geklagt wird.

Wir haben doch in Deutschland in den letzten acht Jahren deutlich bewiesen und dokumentiert, daß nicht über Verteilungskunststücke, sondern nur über die Mehrung des Wohlstandes, über die Steigerung der Produktionskapazität wirkliche Lösungen erzielt werden. Ich möchte keinen sachlichen Vortrag halten, ich behaupte nur, daß die Stärke der CDU, ihre Vielschichtigkeit, ihre Aufgliederung der Wähler in verschiedene Stände usw., zugleich auch ihre Schwäche ist; denn es hat sich gezeigt, weil die Anforderungen aller Stände und aller Berufsgruppen an uns herangetragen wurden, daß wir entweder vor dem Nein oder vor der Notwendigkeit stehen, einen nach dem anderen zu befriedigen.

Wir sollten also vor der Wahl sagen, was wir für alle getan haben, um deutlich zu machen, daß wir keine Interessentenpartei sind; auf der anderen Seite dürfen wir um Gottes willen nicht glauben, daß man mit Versprechungen an die einzelnen Schichten eine Wahl gewinnen kann. Wir sollten umgekehrt über die ständische Zugehörigkeit und die privaten Interessen des einzelnen hinweg etwas von dem sozialen Sein des Menschen schlechthin sagen und ihn in allen seinen Lebensbereichen ansprechen, nicht im Materiellen, sondern bezüglich seiner Verpflichtungen gegenüber dem Staat und der Gemeinschaft. Das deutsche Volk hat geradezu eine Sehnsucht danach, wieder einmal etwas härter angesprochen zu werden, und zwar über seine materiellen Interessen hinaus.

Zur Wahlvorbereitung möchte ich folgendes beisteuern<sup>56</sup>: Ich bin dabei, wirtschaftliche Thesen zu entwickeln, die eine Art Leitsätze darstellen. Diese Thesen werden mit Argumentationen versehen, in denen zugleich auch die Antithese gegenüber der sozialistischen Auffassung klar zum Ausdruck kommt. Ich versuche, die Widersprüche herauszuarbeiten und vor allen Dingen auch die großen Zusammenhänge sichtbar zu machen, und zwar für die Leute, auf die wir im Wahlkampf als Redner angewiesen sind, die aber über diese Einsichten in die Zusammenhänge nicht verfügen.

Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung: Das wichtigste ist, daß wir unsere Gesinnung klar bezeugen und daß wir bereit sind, mit eiserner Entschlossenheit und ohne Wanken und Schwanken, auf uns allein gestellt, den Wahlkampf erfolgreich zu Ende zu führen, ohne dabei nach rechts und links zu sehen. (*Lebhafte Beifall.*)

*Storch*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Zimmer hat die Frage aufgeworfen, warum wir nicht sofort nach der Verabschiedung der Rentengesetze draußen entsprechend aufgetreten seien. Dazu folgendes: Wenn man auf diesem Gebiet den Effekt erzielen will, den man sich vorstellt, muß man den Menschen etwas in die Hand geben, damit sich die Dinge bei ihnen einprägen. Aus diesem Grund haben wir im Arbeitsministerium eine sogenannte „Rentenfibel“

---

56 Vgl. dazu KOERFER S. 152–160.

in Vorbereitung. Sie wird so frühzeitig fertig sein, daß sie bei Zahlung der neuen Renten den Leuten an den Postschaltern gegeben werden kann. Wir wollen aber diese Broschüre nicht gratis verteilen, sondern dafür einen Betrag von DM 0,50 erheben, was ungefähr die Kosten decken wird. Was die Leute nämlich gratis bekommen, das lesen sie doch zum größten Teil nicht durch, wenn sie aber etwas dafür bezahlen, dann lesen sie es auch.

Dabei hat sich eine Schwierigkeit ergeben. Die Verlagsanstalten, mit denen wir wegen der Herausgabe dieser Schrift gesprochen haben, haben gesagt, wenn ihr eine Auflage von einer Million oder zwei Millionen Stück haben wollt, können wir nicht allein das Risiko übernehmen. Ich habe mit dem Kollegen Schäffer über diese Angelegenheit gesprochen, und ich hoffe, daß wir einen Weg finden, um diese Garantie geben zu können. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß sie nicht in Anspruch genommen zu werden braucht. Die Dinge sind bei den Leuten so angekommen, daß jeder versuchen wird, sich ein Bild darüber zu machen; denn die Leute möchten wissen, was ihnen demnächst bevorsteht.

Wenn wir die Rentenfibelf<sup>57</sup> fertig haben, bin ich der Meinung, daß die Partei diese Rentenfibelf jedem Agitator draußen in die Hand geben soll. Diese Dinge werden in den Versammlungen kaputtgeredet, wenn jemand darüber spricht, der nachher in der Diskussion Einzelfragen nicht beantworten kann. Die Fibelf ist in ihrem zweiten Teil so gehalten, daß es sich hauptsächlich um ein Frage- und Antwortspiel handelt. Mit dem, was an Fachlichem darin enthalten ist, kommt der gewöhnliche Redner bei einer Diskussion in einer Versammlung aus. Das scheint mir das Entscheidende zu sein.

Es bestehen Bedenken, weil wir auf der ersten Seite das Bild des Bundeskanzlers und des Arbeitsministers bringen. Ich bin aber der Überzeugung, daß die Gewerkschaften (*Albers*: keine Gegenfibelf machen!) trotzdem diese Schrift übernehmen werden. Wir müssen uns darüber klar sein, daß sich die „Welt der Arbeit“ in einer Form für die Sache eingesetzt hat, die an und für sich die ganze sozialistische Propaganda zerschlagen hat. Die Leute von der SPD sind beim Bundesvorstand gewesen und haben gesagt: Wie könnt ihr uns die ganze Sache kaputtschlagen. Man hat den Chefredakteur der „Welt der Arbeit“<sup>58</sup> gefragt, ob er das gebilligt habe oder ob das eine Arbeit von Dalbert<sup>59</sup> sei. „Nein“ hat er gesagt, „das ist auf meinen persönlichen Wunsch in dieser

---

57 Was bringt mir die Rentenreform? Rentenfibelf für alle Versicherten und Rentner der Rentenversicherung der Arbeiter mit dem amtlichen Tabellenwerk. Hrsg. vom Bundesminister für Arbeit. Braunschweig 1957; vgl. auch CDU-Rednerdienst Nr. 12 vom 12. Februar 1957: „Rentenreform – eine soziale Großtat“ (Hrsg. Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands).

58 Artur Saturnus.

59 In der Vorlage: Dalberg. – Lambert Dalbert war sozialpolitischer Redakteur. Gemeint ist der Artikel vom 25. Januar 1957 „Die Erhöhung der Renten ist gesichert“ mit einem Interview Dalberts mit Willi Richter. Im einleitenden Absatz heißt es: „Die Rentengesetze ... stellen das bedeutendste Sozialgesetzeswerk dar seit der Einführung der Sozialversicherung überhaupt.“ Außerdem wird die Gesetzgebung als „soziale Großtat“ bezeichnet.

Form gebracht worden. Wir von der Gewerkschaft können, wenn etwas Derartiges herauskommt, nicht mehr so negativ reagieren, wie das früher der Fall war, wenn wir uns nicht kaputtmachen wollen.“

Was also in der Form einer Aufklärung gemacht werden kann, wollen wir tun. Wir sind der Meinung, je mehr derartige fachliche Darstellungen in einer etwas nett aufgemachten Form in die Hände der Nicht-CDU-Leute kommen, desto mehr Wirkungen werden wir erzielen, vor allen Dingen dann, wenn die Fraktion oder die Partei mit ihren Mitteln nachstößt, um die Leute auf die Problematik aufmerksam zu machen.

Wir haben auf diesem Gebiet nichts versäumt; dpa hat von mir einen Artikel über die Rentenreform für übermorgen gewünscht, weil morgen die Verabschiedung dieser Gesetzgebung im Bundesrat auf der Tagesordnung steht. Auf einigen Gebieten sollten wir in der Vorbereitung der Wahl folgendes tun, durch Fachleute Vorträge halten lassen, die in Form von Broschüren oder anderen Publikationen den Leuten an die Hand gegeben werden, um dem einzelnen draußen die Möglichkeit zu geben, in seiner Sprache von diesen Dingen Gebrauch zu machen. Wir können von unseren Propagandisten nicht verlangen, daß sie auf allen diesen Gebieten zu Hause sind. Ich bin bereit, auf diesem Gebiet mitzuwirken, damit eine einheitliche Sprachregelung – soweit die Rentenreform in Frage kommt – draußen ermöglicht wird. (*Beifall.*)

*Adenauer:* Ich möchte zum Ablauf unserer Tagesordnung Ihre Meinung erbitten. Es sind noch zum Wort gemeldet die Herren von Hassel, Meyers, Lensing und Frau Weber. Wir haben auf der Tagesordnung noch stehen: Fragen des Rednereinsatzes, Bundesparteitag 1957, Verschiedenes.

Zum Punkt „Bundesparteitag“ wird der Vorschlag gemacht, einen kleinen Ausschuß zu wählen, der mit der Bundesgeschäftsstelle das Weitere überlegt. Die Herren aus dem Bundestag müssen in kurzer Zeit nach drüben. Wenn sich alle Redner sehr kurz fassen, sind wir kurz vor 2 Uhr fertig. Dann können wir eine Erfrischung zu uns nehmen. Sollen wir es so machen? – Sie sind einverstanden.

*Von Hassel:* Ich möchte die Damen und Herren der Bundestagsfraktion bitten, von jeder weiteren Steuersenkungsaktion Abstand zu nehmen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie können mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, daß jeder derartige Plan im Bundesrat angehalten wird. Das hätte im Bundesrat keinerlei Chancen, würde aber den ganzen Ärger und das Bild des vergangenen Jahres, daß die CDU-Ministerpräsidenten gegen die Bundestagsfraktion stehen, erneut heraufbeschwören.

Wir sind in Norddeutschland leider durch die Erklärung, die in Königswinter über Miteigentum herausgekommen ist<sup>60</sup>, in eine sehr schwierige Situation geraten. Ich wäre daher dankbar, wenn man sich in Zukunft über solch gravierende Fragen zunächst einmal ausspräche, ehe man diese Erklärungen in einer solchen Form durch die Presse laufen läßt. Die FDP erklärt bei uns, wenn wir mit der SPD koalieren

---

60 Vermutlich gemeint die Broschüre „Miteigentum – ein praktischer Vorschlag“, die Anfang 1957 von der CDA vertrieben wurde (vgl. dazu „Soziale Ordnung“ Nr. 3 vom März 1957).

sollten, wird jede Frage der Sozialisierung an uns scheitern. Bei der CDU ist ein Finanzausschuß, der das mit der SPD gemeinsam machen wird.

Ich sage das mit der Bitte, sich zu überlegen, nur solche Reden zu halten und Erklärungen abzugeben, die nachher nicht korrigiert zu werden brauchen. Die heutige Bundesvorstandssitzung ist nicht dazu geeignet, über den Streik in Schleswig-Holstein zu sprechen.<sup>61</sup> Das werden wir beim nächsten Mal tun. Es ist unerhört viel dazu zu sagen. Wesentlich ist folgendes: Herr Minister Erhard hat Mitte Dezember in einer der bestreikten Städte eine Rede gehalten. Von den 500 Streikenden waren 400 in einer wegen Überfüllung polizeilich geschlossenen Versammlung anwesend.<sup>62</sup> Herr Erhard hat den Leuten die Meinung gesagt, und zwar mit einer bayerischen Offenheit, die großartig war. Es ist leichter „Depp“ in Bayern als „Idiot“ in Norddeutschland zu sagen. (*Heiterkeit.*)

Es war so, daß in dieser Stadt bei der Urabstimmung in der vorigen Woche 76 % für die Beendigung des Streiks gestimmt haben, während in allen anderen Städten, wo Herr Erhard nicht hat reden können, das Verhältnis umgekehrt war.<sup>63</sup>

*Adenauer:* Nur ein Wort zu einer Bemerkung des Herrn von Hassel. In SPD-Kreisen ist man der Auffassung, es sei unklug, in völliger Verkennung der Lage die Frage der Sozialisierung im Wahlkampf zu behandeln.

*Lensing:* Ich habe gestern in der Zeitung gelesen, daß der Bundespostminister beabsichtigt, in Zukunft den Rentenempfängern die Rente durch die Post zuzustellen. Es wäre schön, wenn diese löbliche Absicht noch vor der Wahl verwirklicht werden könnte.

*Adenauer:* Ich fürchte, daß dies dem Bundespostminister kaum möglich sein wird. (*Lensing:* Dann hätte er es nicht sagen sollen!) Er ist optimistisch. Wir können froh sein, wenn wir eine einmalige Briefzustellung erreichen.

*Weber:* Ich trage zwar Eulen nach Athen, aber ich muß es noch einmal sagen, daß bei den Frauen die Frage der Wehrpflicht außerordentlich wichtig, ja durchschlagend ist, so daß ich darum bitten möchte, in einfacher und schlichter Weise mit den Frauen darüber zu sprechen. Die Sache hat sich in den letzten Monaten schon gebessert. Aber ich wäre sehr dankbar, wenn der Presse- und Informationsdienst<sup>64</sup> die Frauen aus der ganzen Bundesrepublik in kleinen Gruppen aus allen möglichen Schichten und Ständen zu einer Aussprache einberiefe.

Neulich war eine solche Besprechung über die Wehrpflicht, die einen großen Erfolg hatte. Die Frauen stellen sich danach tatsächlich anders ein. Ich bitte darum, daß bei den Vorträgen auch auf dieses Problem besonders geachtet wird. Es hängt sehr

---

61 Streik in der Metallindustrie vom 24. Oktober 1956 bis 15. Februar 1957. Vorgeschichte und Ergebnis der Schlichtung durch Johannes Ernst (CDU) in AdG 1957 S. 6266.

62 Am 12. Dezember 1957 hatte Erhard auf einer CDU-Veranstaltung in Plön und anschließend in Mölln gesprochen (Reden nicht überliefert).

63 Am 30. Januar 1957. – 76,2 % lehnten den Einigungsvorschlag der Schlichtung ab.

64 Gemeint wahrscheinlich das Bundespresse- und Informationsamt.

viel von dieser Frage ab. Denken Sie daran, daß die falsche Einstellung der Frauen zu der Wehrpflicht der SPD im Ruhrgebiet die absolute Mehrheit gebracht hat.

*Adenauer:* Wir nehmen dankend von Ihren Anregungen Kenntnis, Frau Weber, und werden uns danach einrichten.

Nun kommen wir zum Punkt 4 der Tagesordnung. Das Wort dazu hat Herr Meyers.

#### REDNEREINSATZ

*Meyers:* Herr Heck hat aus Amerika die Erfahrung mitgebracht, daß sich drüben der Wahlkampf zu einem großen Teil vor den Fernsehschirmen und bei den Rundfunksendungen abspielt. Aber je näher die Wahlen herankommen, desto mehr treten die persönliche Vorstellung und der Kontakt des Kandidaten mit den Wählern in den Vordergrund, und zwar in politischen Versammlungen.

Wir bitten die Landesvorsitzenden, persönlich den Rednereinsatz genau zu überwachen, damit hier nicht unnütz Zeit und Kraft vergeudet wird. Mitunter hatte der Rednereinsatz einen außerordentlich starken Verschleiß der Redner zur Folge, weil diese Redner planlos und ohne triftigen Grund in weit voneinander entfernten Orten eingesetzt waren. Es ist vorgekommen, daß heute in einem Ort ein Redner spricht, der morgen schon einen Ort besuchen muß, der mehrere hundert Kilometer entfernt liegt. Hier kann viel rationeller und zweckmäßiger eingeteilt und vorgegangen werden. Solche nutzlosen Reisen strapazieren die Redner unnötigerweise sehr stark. Das muß unbedingt vermieden werden.

Der geschäftsführende Vorstand hat beschlossen, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, daß die sogenannten Spitzenredner – d.h. ein Kreis von Rednern, dessen Zahl noch umschrieben werden muß – in den letzten sechs Wochen vor der Wahl von allen persönlichen Verpflichtungen befreit werden sollen. Der Einsatz dieser Redner soll unter Zugrundelegung der Wahlkreisanalyse nach einem Gesamtplan erfolgen, wobei es den Landesverbänden ermöglicht werden soll, an den Punkten, wo es notwendig ist, auch den entsprechenden Spitzenredner zu bekommen.

Bei der letzten Wahl war es so, daß manche Wahlkreise mit Spitzenrednern überbedient waren. Ich habe es erlebt, daß in einem Ort zwei Minister bei einer Frauenversammlung sprachen. Das ist der Grund, weswegen wir den Beschluß dem Bundesvorstand vorlegen; er liegt im Interesse aller Landesverbände. Deshalb soll mit den Landesverbandsvorsitzenden darüber gesprochen werden. Mit den Landesgeschäftsführern ist dieser Plan bereits abgesprochen. Sie haben ihm zugestimmt.

*Adenauer:* Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. – Ich darf Ihre Zustimmung feststellen.

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung. Das Wort hat Herr Heck.

## BUNDESPARTEITAG 1957

*Heck:* Bevor dieses Thema endgültig im Bundesvorstand behandelt wird, sollte zunächst in einem kleinen Gremium darüber gesprochen werden. Wir haben gestern im geschäftsführenden Vorstand die Frage besprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir heute folgenden Vorschlag unterbreiten sollen: Die Herren von Brentano, Erhard, Arnold und die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sollen eine Kommission hierfür bilden.

*Adenauer:* Sie sind damit einverstanden! (*Albers:* Wo soll der Parteitag sein?)

*Heck:* Wir haben noch einmal eingehend nachgeprüft, ob der Parteitag in Hannover durchgeführt werden kann. Das ist nicht möglich, und zwar aus räumlichen Gründen. Die Messehallen liegen von der Stadt so weit weg und dazu in einer solch trostlosen Gegend, daß man das Gelingen des Parteitages ernstlich in Frage stellen müßte. Wir haben auch geprüft, ob in der Dortmunder Westfalenhalle die Möglichkeit besteht, den Parteitag durchzuführen. Die Westfalenhalle ist für den ganzen Monat ausverkauft.

Dann haben wir noch geprüft, ob wir den Parteitag in Essen durchführen können. Die Stadthalle in Essen würde sich vorzüglich dazu eignen, aber die Stadthalle ist bereits vergeben, und es war nicht möglich, die Stadthalle freizubekommen. Es bleibt also für die Durchführung des Parteitages nur noch Hamburg übrig. Im übrigen mußten wir mit Hamburg den Vertrag abschließen, weil uns sonst auch dort die Hallen nicht mehr zur Verfügung gestanden hätten, so daß wir schließlich überhaupt keine Halle mehr gehabt hätten. Der Parteitag muß in Hamburg zwischen dem 12. und 16. Mai durchgeführt werden.

*Adenauer:* Sie haben davon Kenntnis genommen. Ich würde vorschlagen, daß wir in diesen kleinen Ausschuß zur Vorbereitung des Bundesparteitages nach Rücksprache mit den Frauen hier im Parteivorstand noch eine Frau hinzudelegieren. – Damit sind Sie einverstanden.

Wir haben noch den Punkt „Verschiedenes“. Das Wort wird nicht gewünscht.

Dann darf ich zunächst unseren Herren vom Bundesgeschäftsausschuß unseren herzlichen Dank aussprechen für die Vorarbeiten, gleichzeitig aber auch allen denen, die uns heute Anregungen gegeben haben, die wir nun bearbeiten und berücksichtigen werden. Ich hoffe, daß wir uns in kurzer Zeit wiedersehen werden hier im Parteivorstand; denn je näher wir auf die Wahl zugehen, desto öfter müssen wir zusammenkommen, damit wir zur Vorbereitung der Wahl durch Sie aus den einzelnen Ländern das hören, was wir zu unserer Information benötigen.

Ich danke Ihnen allen und schließe die Sitzung.